

Nutzungshinweis: Es ist erlaubt, dieses Dokument zu drucken und aus diesem Dokument zu zitieren. Wenn Sie aus diesem Dokument zitieren, machen Sie bitte vollständige Angaben zur Quelle (Name des Autors, Titel des Beitrags und Internet-Adresse). Jede weitere Verwendung dieses Dokuments bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Autors. Quelle: <http://www.mythos-magazin.de>

# **Hayeks marktliberale Gesellschaftstheorie**

Bachelorarbeit im Kernfachstudiengang Philosophie  
zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts (B.A.)

der Philosophischen Fakultät  
der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

von Andreas Gick

Prüfer: Prof. Dr. Peter Tepe

2. Oktober 2012

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Darstellender Teil</b>	<b>1</b>
2.1	Zum Begriff der Freiheit . . . . .	2
2.2	Vorteile der Freiheit... . . . .	3
2.2.1	...für die Kreativität der Zivilisation . . . . .	3
2.2.2	...für den Fortschritt . . . . .	4
2.2.3	...für die Entstehung einer Schicht von Privatiers . . . . .	6
2.3	Freiheit im Verhältnis zu... . . . .	7
2.3.1	...Vernunft und Tradition . . . . .	7
2.3.2	...Verantwortung . . . . .	8
2.3.3	...egalitaristischen Vorstellungen . . . . .	9
2.3.4	...Demokratie . . . . .	10
2.3.5	...Beschäftigung . . . . .	11
2.4	Hayeks gesellschaftliche Evolutionstheorie . . . . .	13
2.4.1	Spontane Ordnung und Organisation . . . . .	14
2.4.2	Evolution des Rechts . . . . .	18
2.4.3	Gemeinwohl und freie Gesellschaft . . . . .	21
2.5	Gerechtigkeit und spontane Ordnung . . . . .	22
2.5.1	Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren . . . . .	25
2.5.2	Bedrohung durch tribalistische Gefühle . . . . .	26
2.6	Politische Gegner und Handlungsempfehlungen . . . . .	28
2.6.1	Gegen Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaat . . . . .	28
2.6.2	Sozialversicherung . . . . .	29
2.6.3	Steuerpolitik . . . . .	30
2.6.4	Gelpolitik . . . . .	31
2.6.5	Stadtentwicklung . . . . .	31
2.6.6	Landwirtschaftspolitik und natürliche Ressourcen . . . . .	32
2.6.7	Bildungspolitik . . . . .	32
2.6.8	Wettbewerbspolitik und Privatisierung . . . . .	33
2.6.9	Verfassungsentwurf . . . . .	34
<b>3</b>	<b>Kritikteil</b>	<b>35</b>
3.1	Zur Einordnung Hayeks in den Kontext des Neoliberalismus . . . . .	35
3.2	Kritik an Hayeks Neoliberalismus . . . . .	37
3.2.1	Schwierigkeiten in Hayeks Theorie . . . . .	37
3.2.2	Kritik am Hayekschen Gesellschaftsbild . . . . .	39

3.3 Die politische Etablierung des Neoliberalismus und seine Auswirkungen . . . . .	43
<b>4 Schlussbetrachtung</b>	<b>50</b>

# 1 Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich anhand ausgewählter Texte mit der Gesellschaftstheorie Friedrich August von Hayeks, der von 1899 n. Chr. bis 1992 lebte. Sie gliedert sich in einen darstellenden Teil und einen Kritikteil. Schon im darstellenden Teil wird klar werden, dass es sich nicht bloß um einen sterilen theoretischen Entwurf handelt, weil die Textgrundlage bestehend aus *The Constitution of Liberty* und dem dreibändigen *Law, Legislation and Liberty* unübersehbare politische Bezüge hat.

Sobald man weiß, dass Margaret Thatcher die hier zugrundegelegten Texte einst zur Lektüre empfahl (**Tomlinson**), kann dies niemanden mehr recht überraschen. In jüngerer Zeit bezog sich sogar noch Angela Merkel in einem Artikel für die *Financial Times Deutschland* positiv auf *The Constitution of Liberty* (**Merkel**).<sup>1</sup> Es handelt sich also um ein ambitioniertes Projekt zwischen politischen Streitschriften und intellektuellen Studien zur Revitalisierung des Liberalismus in Großbritannien. Der darstellende Teil führt zunächst anhand von *The Constitution of Liberty* in das liberale Denken Hayeks ein, behandelt dann seine darauf aufgebaute Gesellschaftstheorie und schließt mit den politischen Forderungen Hayeks.

Im Kritikteil wird Hayek zunächst in den Kontext des Neoliberalismus eingeordnet, anschließend kommen Schwierigkeiten in seiner Theorie zur Sprache, die um eine Kritik des gezeichneten Gesellschafts- bzw. Weltbildes ergänzt werden. Aufgrund der politischen Wirksamkeit des Neoliberalismus kann eine historische Betrachtung seiner Etablierung natürlich nicht ausbleiben, genausowenig wie die Diskussion seiner mitunter einschneidenden sozialen Folgen.

Das letzte Teil fasst die wesentlichsten Ergebnisse nochmals zusammen und gibt einen Ausblick auf eine mögliche Alternative zum Neoliberalismus, der noch lange nicht tot ist.

## 2 Darstellender Teil

Das in drei Teile gegliederte Werk *The Constitution of Liberty* ist eine Schrift Hayeks für den Wert der Freiheit, den er im Westen um das Jahr 1960 herum in Vergessenheit geraten sieht (**Constitution**). Entsprechend ist der erste Teil überschrieben mit *The Value of Freedom*. In der Mitte des Buches beginnen die gesellschaftstheoretischen Überlegungen Hayeks, an die er in *Law, Legislation and Liberty* anknüpft und ausbaut. Beide enden jeweils mit politischen Empfehlungen auf Basis seiner vorherigen Ausführungen.

---

<sup>1</sup>Es ist allerdings zweifelhaft, ob sie es wirklich gelesen hat.

## 2.1 Zum Begriff der Freiheit

Eine Gesellschaft ist im Sinne Hayeks frei genau dann, wenn Zwang ausgeübt von einigen auf andere auf ein Minimum reduziert ist (**Constitution**), wobei Freiheit allein die Beziehungen von Personen betrifft (**Constitution**). Zwang wiederum definiert er als Androhung, jemandem Leid zuzufügen mit der Absicht, eine gewisse Handlungsweise der gezwungenen Person herbeizuführen. Dabei kann die gezwungene Person unter Umständen noch Wahlmöglichkeiten haben, die jedoch von der erzwingenden Person oder Personengruppe bestimmt sind. Zwang ist schlecht, weil es eine Person davon abhält, seine mentalen Kräfte voll zu nutzen und damit den größten Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten, zu der sie fähig ist (**Constitution**).

Der einzige Weg, die Abwesenheit von Zwang zu gewährleisten, ist die Androhung von Zwang. Diesem Problem begegnet die freie Gesellschaft, indem sie das Recht der Zwangsausübung in den Händen des Staates monopolisiert. Damit staatlicher Zwang minimiert werden kann, schützt der Staat nur die bekannten Privatsphären gegenüber Übergriffen anderer. Diese werden den Individuen nicht ausdrücklich zugewiesen, sondern jedes Individuum wird auf der Grundlage von allgemeinen Regeln in die Lage versetzt, seine Privatsphäre selbst zu bestimmen. Die Regeln sind dazu da, dem Individuum mitzuteilen, was die Regierung in verschiedenen Arten von Situationen tun wird, also auch wann sie Zwang ausüben wird. Derart helfen die Regeln dem Individuum bei der Verfolgung seiner eigenen Ziele (**Constitution**).

Zum besseren Verständnis des Zwangs fehlen noch einige Erläuterungen. So liegt kein Zwang vor, wenn jemand sich einer Situation gegenüber sieht, in der er einen gehassten Job annehmen muss, um nicht zu verhungern, solange die Handlungen, die die Person in diese Situation brachten, nicht darauf zielten, sie diese oder jene Dinge tun zu lassen (**Constitution**). Ferner können Monopolisten nur dann Zwang ausüben, wenn sie über ein Gut verfügen, das überlebenswichtig ist (**Constitution**). Schließlich kann Zwang, der im unmittelbaren persönlichen Umfeld in der Familie vorkommt, nicht vollständig seitens des Staates verhindert werden (**Constitution**).

Damit ein ausreichender Schutz vor Zwang überhaupt gewährleistet werden kann, muss das Recht auf Privateigentum anerkannt werden. Ansonsten ist es unmöglich, eine Abgrenzung der Privatsphäre zu finden, die gegen Zwang schützt (**Constitution**). Da es kaum Handlungen gibt, die andere nicht betreffen, ist die Grenzziehung schwierig. Die Privatsphäre einer Person sollte darum die rationalen Erwartungen derselben über den vor anderen und dem Staat geschützten Raum beinhalten, was i.a. bedeutet, dass die Moralität von privaten Handlungen nicht

Sache des Staates oder anderen ist (**Constitution**).

In der modernen Gesellschaft muss zur Anerkennung des Privateigentums noch das Recht auf Vertragsfreiheit hinzukommen. Nur so ist es möglich, dass Menschen praktisch ohne Eigentum frei sein können, denn man kann so gut wie alles mieten. Voraussetzung ist allerdings, dass die Mietsachen verschiedenen Vermietern gehören, damit sie keine Zwangsmacht über die Mieter erhalten (**Constitution**).

Abgesehen von der Verhinderung von Zwang wird die staatliche Macht in einer freien Gesellschaft auch gegen Betrug und Fälschung benötigt (**Constitution**).

## 2.2 Vorteile der Freiheit...

### 2.2.1 ...für die Kreativität der Zivilisation

Die Zivilisation ist in einem einige hundert Generationen andauernden Prozess entstanden, so dass es nicht möglich ist, ihre Institutionen nach Belieben zu ändern. Der menschliche Geist ist demnach teilweise Produkt der Zivilisation und kann daher seinen eigenen Fortschritt nicht vorhersehen (**Constitution**).

Der moderne Mensch fühlt in erster Linie Abneigung im Angesicht der eigenen Unwissenheit darüber, was uns kooperieren lässt, anstatt Neugier und Erstaunen. Das in der Zivilisation benötigte Wissen, so wird versichert, gehe weit über das wissenschaftliche Wissen hinaus und sei verteilt über unzählige Einzelpersonen. Viele Experten werden zudem nur deswegen als solche bezeichnet, weil sie wissen, wo bestimmte Informationen zu finden sind. M.a.W., die Rolle der Wissenschaft für das Wachsen der Zivilisation wird überbewertet, weil Gewohnheiten, Gefühle, Werkzeuge und Institutionen Anpassungen an vergangene Erfahrungen widerspiegeln, die durch selektive Elimination des Ungeeigneteren entstanden, wobei das wissenschaftlich erworbene Wissen mit zum Wachsen der Zivilisation beiträgt (**Constitution**).

Der Selektionsprozess läuft dabei so ab, dass unzählige kleine Schritte von anonymen Personen vorgenommen werden, die unter veränderten Umständen ihren gewöhnlichen Geschäften nachgehen, von denen dann die Beispiele entspringen, die sich durchsetzen. Die Durchsetzung geschieht dadurch, dass die Individuen die erfolgreicherer imitieren und durch Signale und Symbole geleitet werden, wie z.B. Preise für die Produkte, die sie anbieten. Wesentlich für das Funktionieren des Prozesses ist, dass das Individuum auf Basis seines einzigartigen individuellen Wissens handeln kann und es für seine Zwecke einsetzen kann.

Das Argument für die Freiheit ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis der unvermeidlichen Unwissenheit über viele Faktoren, von denen die Erlangung unserer Ziele und unserer Wohlfahrt abhängen (**Constitution**).

Die Fortschritt und Bewahrung der freiheitlichen Zivilisation beruht daher dar-

auf, dass möglichst viele Zwischenfälle auftreten, von denen dann der eben beschriebene Selektions- bzw. Lernprozess ausgelöst wird (**Constitution**), weil der Mensch durch die Enttäuschungen von Erwartungen lernt (**Constitution**). Aufgrund der fundamentalen Unwissenheit des Menschen können nur die Chancen erhöht werden, dass Verbesserungen bzw. Innovationen entstehen, was durchaus bedeuten kann, dass es sogar der Mehrheit zwischenzeitlich schlechter gehen kann, jedoch mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auf einen Nettogewinn per saldo (**Constitution**).

Weiter unten drückt er dies noch etwas emphatischer aus: „Our faith in freedom does not rest on the foreseeable results in particular circumstances but on the belief that it will, on balance, release more forces for the good than for the bad.“(**Constitution**).

Gerade die Unverhersehbarkeit des individuellen Freiheitsgebrauchs macht die Freiheit so wichtig, weil er innovativer ist als etwa ein demokratisch beschlossener Handlungsplan, der begrenzt ist auf vorher abgesprochene und daher bekannte Pfade. Zwar nutzen meist nur wenige Individuen die Freiheit, doch entscheidend ist, dass einige dies tun. Hayek geht sogar so weit, dass eine Gesellschaft, in der nur wenigen, die Freiheit zukommt, immer noch besser sei, als wenn sie allen verweigert würde.

Aus dem gesagten erhellt eigentlich schon, dass die zentrale Freiheit die Handlungsfreiheit ist, während Forschungsfreiheit, Religionsfreiheit und andere intellektuelle Freiheiten von dieser abhängen (**Constitution**). So rührt die Entstehung neuer Ideen oft von Handlungen her, sogar irrationalen Handlungen, in Verbindung mit Ereignissen, die auf sie einwirken. Daher ist die Handlungsfreiheit genauso hoch einzuschätzen wie die intellektuellen Freiheiten (**Constitution**).

Der ganze evolutionäre Selektionsprozess benötigt einen funktionierenden Wettbewerb, der nicht durch monopolistische Organisationen beschränkt sein darf, wobei der Prozess auch moralische und ästhetische Wertvorstellungen und nicht nur die bessere Befriedigung materieller Bedürfnisse umfasst. Er muss daher der Kontrolle durch die Vernunft enthoben sein, um Fortschritt hervorzubringen, was er in seiner Gegenwart in Gefahr sieht (**Constitution**).

### **2.2.2 ...für den Fortschritt**

Da der Mensch von seinen biologischen Grundanlagen her noch immer auf ein Jäger- und Sammlerleben ausgerichtet ist, geht vielen der Fortschritt zu schnell. Aller Protest gegen die moderne Industriegesellschaft hat mit dem Rückstand des nicht rationalen Teils des Menschen zu tun (**Constitution**).

Weil Fortschritt in der Entdeckung des noch nicht Gewussten besteht, sind seine Konsequenzen nicht vorhersehbar, es sei denn, es wird nach einer konkreten

Problemlösung gesucht, ist er aus den oben schon genannten Gründen überdies nicht planbar. Planung wäre dem Fortschritt sogar abträglich.

Ob Fortschritt die Menschen unglücklicher macht, ist daher letztlich nicht beantwortbar. Was zählt ist vielmehr das Streben danach, was in diesem Moment erreichbar ist, d.h., Fortschritt ist Bewegung um der Bewegung willen (**Constitution**).

Die meisten neuen Möglichkeiten, die einer Gesellschaft durch den Fortschritt entstehen, brauchen eine gewisse Zeit, bis sie auch für die große Masse der Menschen verfügbar sind, weil sie anfangs nur zu sehr hohen Kosten hergestellt können. Der Luxus der wenigen von heute ist somit das Massenbedürfnis von morgen. Oft, versichert Hayek, liegt sogar eine Kausalbeziehung vor: „Furthermore, the new things will often become available to the greater part of the people only *because* for some time they have been the luxuries of the few.“ (**Constitution**). Mehr noch, die ungleiche Verteilung gegenwärtigen Früchte des Fortschritts erhöht die Palette dessen, was angeboten und ausprobiert wird. Dabei ist die Fortschrittgeschwindigkeit umso höher, wenn die ersten Schritte unternommen werden, lange bevor die Massen von ihnen profitieren können. Die vergleichsweise Reichen sind demnach schon auf einer höheren Stufe der kulturellen Evolution angekommen, indem sie mit einem neuen Lebensstil experimentieren können und damit sogar den relativ Armen einen Dienst erweisen, wobei der möglichst fortschrittsfreundliche Grad der Ungleichheit nicht konkret angegeben werden kann. Hayek gibt sogar zu, dass dies zynisch klinge, meint aber, dass es in einer Planwirtschaft in dieser Hinsicht nicht wesentlich anders zugehen könne (**Constitution**).

Dasselbe Argumentationsmuster wird nun auf die Ebene der Staaten übertragen, deren Reichtumsunterschiede hauptsächlich auf die bessere Nutzung von Wissen in den Industrieländern zurückgeführt werden. Wäre der Vorsprung des Westens nicht so groß, wäre die Aussicht der unterentwickelten Staaten, dasselbe Niveau zu erreichen, wesentlich geschmälert. So können letztere das von den führenden Staaten erworbene Wissen, das diese sehr viel gekostet hat, zu wesentlich geringeren Kosten nutzen, um aufzuholen. Gerade weil es demnach einer egalitären und unfreien Gesellschaft möglich ist, einen weitgehend parasitären Weg zum Fortschritt einzuschlagen, wird der Wert der Freiheit oft unterschätzt (**Constitution**) Rufe aus den unterentwickelten Ländern nach Umverteilung sind deswegen kontraproduktiv, da sich dadurch in fataler Weise die Fortschrittgeschwindigkeit vermindern könnte, die angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung gebraucht wird (**Constitution**). Nun wird die Analogie wieder auf einzelne Gesellschaften übertragen und man erfährt, dass „British leadership has gone with the disappearance of the class whose style of living the others imitated.“, wovon auch die Arbeiterklasse profitierte (**Constitution**).

### 2.2.3 ...für die Entstehung einer Schicht von Privatiers

Der größte Vorzug der freien Gesellschaft ist der Privatier, der ohne materielles Gewinnstreben, seine Ziele verfolgen kann, die oft nicht vom Marktmechanismus abgedeckt werden und ihn so zu einem unentbehrlichen Mitglied einer zivilisierten Gesellschaft machen. Da es eine Reihe von wünschenswerten Leistungen gibt, die nicht mit einem Preis versehen werden können, für deren Bereitstellung der Markt deswegen nicht geeignet ist, heißt dies nicht, dass nur die Regierung damit beauftragt werden sollte. Hingegen sollte es eine ganze Reihe unabhängiger Zentren geben, die in der Lage sind solche Bedürfnisse zu befriedigen. Nun wäre es denkbar, für die Besetzung von Positionen in diesen Zentren eine Zufallswahl aus der Bevölkerung zu treffen, da aber reiche Erbschaften den Zweck in den westlichen Gesellschaften ebenso gut zu erfüllen vermögen, gibt es keinen Grund von dieser Praxis abzurücken. Meistens kommen die Erben aus Familien, in denen materieller Gewinn nicht mehr im Vordergrund steht, die aufgrunddessen sich irgendwelchen selbstgesteckten Zielen widmen können. Insbesondere für die Weiterentwicklung freien Künste sind sie unverzichtbar (**Constitution**): „What little leadership can be expected from the majority is shown by their inadequate support of the arts wherever they have replaced the wealthy patron.“ (**Constitution**) (**Constitution**).

Damit die Reichen diese Art von Aufgaben erfüllen können, muss die Gesellschaft einerseits einige müßige Reiche tolerieren. Andererseits muss es auch Reiche geben, deren Hauptinteresse eben nicht darin besteht, ihre Ressourcen möglichst gewinnträchtig einzusetzen (**Constitution**).

Hayek bedauert dementsprechend das Fehlen einer „leisured group“ zu seiner Zeit. Als Beispiele nennt er etwa Schliemann, Darwin, Tocqueville aber auch Marx. Schuld an ihrem Verschwinden tragen vor allem hohe Steuern und Inflation, die auch noch das Aufkommen einer neuen „leisured group“ verhindern. Dass aus dieser Gruppe auch einige *bon vivants* kommen würden, ist der Preis der Freiheit. Die damit einhergehende Verschwendung, weil es sich um eine kleine Gruppe handelt, wäre aber im Vergleich zum Massenkonsum unerheblich. Zumal nicht ausgeschlossen ist, dass der extravagante Lebensstil der reichen Lebmänner, so absurd er auch erscheinen mag, zu segensreichen Resultaten führen könnte. Würde man also den wenigen Reichen die Vorteile ihrer Stellung vorenthalten, könnte dies verhindern, dass jemals jemand in ihren Genuß kommt (**Constitution**).

## 2.3 Freiheit im Verhältnis zu...

### 2.3.1 ...Vernunft und Tradition

Nach der Darlegung der Vorteile der Freiheit stellt Hayek zwei Freiheitskonzeptionen gegenüber. Die eine, englische, Auffassung ist empiristisch und unsystematisch, während die andere, französische, rationalistisch und spekulativ ist (**Constitution**). Da er vorher schon darauf verweist, dass Freiheit nicht bewusst von Menschen entworfen worden sei (**Constitution**), ist klar, dass er sich der angelsächsischen Freiheitstradition anschließt.

Rationalisten lagen für ihn gesellschaftstheoretisch komplett falsch, weil sie sich in Descartscher Manier die gesellschaftlichen Institutionen vorsätzlich geplant dachten und so zu Vertragstheorien kamen. Demgegenüber verstanden die Empiristen, dass alle Institutionen und Moralvorstellungen sich in einem kumulativen Wachstumsprozess entwickelten (**Constitution**).

Es wird dann philosophiehistorisch gezeigt, dass es evolutionstheoretische Betrachtungen im sozialphilosophischen Bereich schon vor Darwin gab, wobei Hayek bedauert, dass dieser Strang der Philosophiegeschichte in Vergessenheit geraten sei und die Sozialwissenschaften sich einige Ideen aus der Biologie reimportiert hätten (**Constitution**).

In Abgrenzung zur biologischen Evolutionstheorie stehen für die gesellschaftliche Evolutionstheorie nicht Individuen und Gruppen, sondern Institutionen und Gewohnheiten im Vordergrund. Den britischen Theoretikern des 18. Jh. war bewusst, dass Institutionen und Traditionen nötig sind, um gegenläufige individuelle Interessen auszugleichen, so dass die Eigenliebe das öffentliche Interesse voranbringen kann (**Constitution**). Sie gingen in ihrem Menschenbild davon aus, dass der Mensch von Natur aus eher faul, träge, unvorsichtig und verschwenderisch ist und ökonomisches Handeln nur durch den Druck der Verhältnisse erlernte (**Constitution**).

In der empiristisch evolutionären Denktradition hat Freiheit vor allem den Wert, dass sich frei gewachsene Institutionen herausbilden konnten. Freie Gesellschaften sind sogar ziemlich traditionsgebunden, weil sich die evolutionäre Sicht darauf stützt, dass das Resultat des Experimentierens vieler Generationen mehr Weisheit enthält als irgendein Mensch besitzt (**Constitution**).

Die wichtigsten Traditionen für die freie Gesellschaft sind die moralischen Regeln, weil Freiheit niemals ohne tief verwurzelte moralische Überzeugungen funktioniert. M.a.W., Zwang kann nur dann auf ein Minimum reduziert werden, wenn von den Individuen erwartet werden kann, dass sie freiwillig mit bestimmten Prinzipien konform gehen (**Constitution**).

Die moralischen Regeln sind bis zu einem gewissen Grad flexibel und können

sich im Verlauf der Zeit ändern. Ihre Bedeutung und Wichtigkeit verstehen wir in weiten Teilen nicht, obwohl sie unabkömmlich für das gesellschaftliche Zusammenleben sind. Die Unterwerfung unter unverstandene Traditionen macht sie für rationalistisch gesinnte Menschen so unangenehm, doch sind sie keine Schlüsse der Vernunft. Obwohl wir sie nicht vollständig verstehen können, können sie allerdings verbessert werden (**Constitution**).

Die beschriebene „antirationalistische“ Position richtet sich nicht gegen den Gebrauch der Vernunft, um die Gesellschaft besser zu verstehen. Vielmehr ist sie als Warnung zu verstehen, dass sie von einem mit unbeschränkter Macht ausgestatteten Staat missbraucht werden kann, um Zwang auszuüben, weil die staatlichen Autoritäten der Meinung sind, dass sie die Gesellschaft verstünden (**Constitution**).

### 2.3.2 ...Verantwortung

Trotz der ziemlich großen Rolle, die der Zufall spielt, wird eine freie Gesellschaft die Umstände, die unter der Kontrolle des Individuums sind, als die einzigen behandeln, die zählen. Hayek diagnostiziert für seine Gegenwart, dass Verantwortung zu einem unpopulären Begriff geworden sei. Die Ablehnung der Verantwortung hängt mit der Angst zusammen, Verantwortung übernehmen zu müssen, und wird damit zugleich zu einer Angst vor der Freiheit (**Constitution**).

Eine Begründung für die Ablehnung des Verantwortungsbegriffs besteht darin, dass auf die Erkenntnisse der Naturwissenschaften hingewiesen wird, die die Willensfreiheit in Frage stellt, was für Hayek keine Bedeutung für die Frage nach Verantwortung hat (**Constitution**), weil die Zuschreibung von Verantwortung darauf abzielt, dass Handlungen anders sind, als wenn eine Person glaubte, dass sie nicht verantwortlich sei (**Constitution**).

Da nicht jedes Individuum für seine Handlungen verantwortlich gemacht werden kann wie z.B. Kinder, Verwirrte etc., sind klare gesetzliche Regelungen zu treffen, die einen allgemeinen und unpersönlichen Charakter haben. Eine individualisierende Jugendrechtsprechung hält Hayek in diesem Zusammenhang schon für ein Zeichen von Unfreiheit (**Constitution**).

Die Hauptfunktion des Glaubens an die Verantwortung des Einzelnen ist jedoch, dass sie die Individuen dazu bringt, ihr eigenes Wissen und Fähigkeiten voll auszunutzen, um ihre persönlichen Ziele zu erreichen (**Constitution**). Diese können bezogen auf das engere persönliche Umfeld durchaus altruistischer Natur sein, während ein genereller Altruismus als illusorisch abgetan wird (**Constitution**).

Obwohl sich unter den Erfolgreichen viele nur einbilden, dass sie allein für ihren Erfolg verantwortlich sind, so kann diese Einbildung ein effektiver Anreiz für erfolgreiches Handeln sein, wenn dieser selbstgefällige Stolz auch oft unerträglich

scheint (**Constitution**). Das Verschwinden kleinerer Gemeinschaften sowie das wachsende Gefühl der Isolation des Einzelnen in großen Städten schuf ein Verlangen nach Schutz durch den Staat und trug mit zu einer Schwächung des Verantwortungsgefühls bei. Jedenfalls kann das Individuum Verantwortung nur wahrnehmen, wenn sie so begrenzt ist, dass es sich auf sein konkretes Wissen verlassen darf (**Constitution**).

### 2.3.3 ...egalitaristischen Vorstellungen

Historisch gesehen ging der Kampf für die Freiheit um die Gleichheit vor dem Gesetz. Während Freiheit mit allen möglichen anderen Arten von Gleichheit nichts zu tun hat, produziert sie sogar in vielen Hinsichten zwangsläufig Ungleichheiten. Zugleich sind materielle Ungleichheiten ein Grund dafür, für die Freiheit einzutreten, weil sie andere zur Nachahmung der Erfolgreichen bringen können. Zwar begründen moderne Befürworter größerer materieller Gleichheit nicht mit der faktischen Gleichheit aller Menschen, doch wird weiterhin geglaubt, dass dies die zentrale Rechtfertigung für solche Ansprüche ist (**Constitution**). Wie dem auch sei, stehen Gleichheit vor dem Gesetz und materielle Gleichheit in Konflikt zueinander, sofern man den Gebrauch von Zwang minimieren möchte (**Constitution**).

Kritik von Egalitaristen an menschengemachten Ungleichheiten entzündet sich häufig an drei Punkten, die Vorteile für einige Gesellschaftsmitglieder mit sich bringen. Der erste bezieht sich auf die Familie, in die man hineingeboren wird, der zweite auf Erbschaften und der dritte auf Bildungsmöglichkeiten. Hayek gründet seine Zurückweisung der Kritik, auf zwei Behauptungen. Die erste besagt, dass es keine Experten gibt, die das (geistige) Potenzial eines Menschen voll ermessen können, und die zweite, dass der Erwerb von neuen Fähigkeiten wünschenswert ist, weil die Mehrheit davon profitieren könnte.

Es ist nicht einsehbar aufgrund der eben vorgebrachten Behauptungen, warum ein Mensch aus gutem Hause, der seine Fähigkeiten z.T. seiner familiären Umgebung verdankt, einer Gesellschaft weniger wert sein sollen, als wenn dem nicht so wäre (**Constitution**). Sofern man zustimmt, dass die Familie die Aufgabe hat, ihre Nachkommen so gut auszustatten wie sie kann, gibt es keinen triftigen Grund dies auf immaterielle Güter zu beschränken. Schließlich würde staatlich herbeigeführte Gleichheit im Bereich der Bildung mit Sicherheit einige daran hindern, die Bildung zu erhalten, die ihnen sonst gewährt werden könnte (**Constitution**).

Obwohl Zweifel bestehen, kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass nicht alle egalitaristische Kritik auf Neid zurückgeführt werden kann. Solche Kritik macht geltend, dass Unterschiede zwischen Löhnen sich nicht auf erkennbare Unterschiede bezüglich der Leistung, im Sinne einer verdienstvollen Anstrengung, zurückführen lassen (**Constitution**). Die liberale Antwort darauf weist Leistung

als Kriterium zur Verteilung materieller Belohnungen zurück, weil es weder praktikabel noch wünschenswert wäre. Zur Erläuterung dieser Antwort führt Hayek die Unterscheidung zwischen Leistung und Wert ein.

Während Leistung irgendwie messbar sein müsste, können angeborene Gaben wie eine schöne Stimme zweifelsohne einen Wert für die Mitmenschen haben. Besonders deutlich wird die Unmöglichkeit nach Leistung zu bewerten z.B. auf dem Gebiet der Forschung, weil es auch zufällige Entdeckungen geben kann. Daher sollten sich die Menschen vom Wert leiten lassen, den andere den Resultaten ihrer Handlungen zumessen (**Constitution**). Hayek verdeutlicht diesen Punkt noch einmal, indem er schreibt: „And it is only the value of the result that we can judge with any degree of confidence, not the different degrees of effort and care that it has cost different people to achieve it.“ (**Constitution**).

Staatliche Versuche, die in die Richtung einer gerechten Einkommensverteilung gehen, bergen die Gefahr in eine Gesellschaft abzugleiten, in der die Autoritäten entscheiden, was die Individuen zu tun haben (**Constitution**). Für die ärmsten Gesellschaftsmitglieder sollten politische Organisationen zwar Vorkehrungen treffen abhängig vom Reichtum einer Gesellschaft, doch das Recht auf einen bestimmten Anteil an allen Vorzügen einer Gesellschaft kann nicht zugestanden werden. Weil die einzige Rechtfertigung für einen solchen Anspruch auf der Durchsetzungsmacht der Regierung basiert, darf man sich nicht wundern, wenn Prinzip einst auf internationaler Ebene erzwungen werden wird (**Constitution**).

#### **2.3.4 ...Demokratie**

Den Unterschied zwischen dem Ideal der Demokratie und dem des Liberalismus sieht man am besten, wenn man sich die jeweiligen Gegenpole ansieht. Das Gegenteil des Liberalismus ist Totalitarismus, während für dogmatische Demokraten, das Gegenteil von Demokratie eine autoritäre Regierung ist. Dogmatische Demokraten sind nicht unbedingt Liberale, weil für sie die Tatsache, dass die Mehrheit etwas will, ein ausreichender Grund ist, dieses Verlangen als gut zu erachten. Handelt es sich dabei um Gesetze sind mehrheitlich beschlossene Gesetze auch gute Gesetze. Liberale haben hingegen eine dezidierte Meinung, wie Recht und Gesetz sein sollten (**Constitution**). Sie sind daher auch skeptisch gegenüber einer generellen Ausweitung der Demokratie bezüglich der Personengruppen als auch bezüglich der Inhalte, über die abgestimmt werden darf. Dass allgemeines Wahlrecht in der westlichen Welt für die beste Ordnung gehalten wird, heißt nicht, dass es auf einem grundlegenden Prinzip aufbaut. Dementsprechend unterscheiden sich Liberale und Demokraten hinsichtlich des Ausmaßes, nach dem staatliches Handeln vom Mehrheitsprinzip bestimmt sein sollte. Nach ihnen sollte die Macht einer zeitweiligen Mehrheit beschnitten sein (**Constitution**).

Der entscheidende Begriff des dogmatischen Demokraten ist der der Volkssouveränität und damit die Gültigkeit des unbeschränkten Mehrheitsprinzips. Im liberalen Verständnis wird aus einer Gruppe von Menschen eine Gesellschaft, wenn sie denselben Wohlverhaltensregeln bzw. Prinzipien gehorcht, und nicht, indem sie sich die Regeln selbst gibt. Diese Prinzipien sollen in einer freien Gesellschaft die Macht der Mehrheit begrenzen, über die keine andere legitime Macht hinausgeht (**Constitution**).

Da Demokratie für Liberale kein Selbstzweck ist, müssen ihr Zweck und ihre Grenzen im Rahmen der liberalen Doktrin angegeben werden. Zum einen ist die Demokratie die einzige Regierungsform, die einen friedlichen Wechsel der Regierung erlaubt. Außerdem kann sie ein Mittel sein, um die individuelle Freiheit zu bewahren, weil es nicht im Interesse der Mehrheit sein kann, dass einige wenige Zwang über andere ausüben dürfen. Den wichtigsten Grund als Liberaler für die Demokratie zu sein, sieht Hayek jedoch im Interesse der Gemeinbevölkerung für öffentliche Angelegenheiten. Mag sie die Macht nicht unbedingt in die Hände der weisesten und am besten informierten Personen legen, so bezieht sie über den Prozess der demokratischen Meinungsbildung sehr viele Personen mit ein, die gewählt werden können (**Constitution**). Die Vorteile der Demokratie kommen womöglich erst auf lange Sicht zum Tragen: „It is in its dynamic, rather than in its static, aspects that the value of democracy proves itself. grqq (**Constitution**)

Mehrheitsentscheidungen sind allerdings mit dem Mangel behaftet, dass sie meist nur widerspiegeln, was die Mehrheit in dem Augenblick, in dem sie befragt wird, will. Zivilisatorischer Fortschritt ging aber meistens von Minderheiten aus, die peu à peu die Mehrheit überzeugten. Der demokratische Diskussionsprozess wird demgegenüber überbewertet. Letztlich sind Mehrheitsentscheidungen Kompromisse, die niemanden befriedigen können und sind i.a. den Entscheidungen der intelligentesten Gesellschaftsmitglieder unterlegen (**Constitution**).

### 2.3.5 ...Beschäftigung

Das liberale Denken entstand zu einer Zeit, in der ein größerer Teil der Bevölkerung nicht abhängig beschäftigt war und diese die öffentliche Meinung stärker beeinflussen konnten als um 1960. Inzwischen befindet sich die Mehrheit der westlichen Bevölkerungen in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen, weswegen deren Interesse die Politik beherrscht, was die Selbständigkeit noch unattraktiver macht. Sie bedroht mit ihren Gerechtigkeitsvorstellungen die Freiheit, weil sie die Ausübung der Freiheit durch die Selbständigen nicht nachvollziehen können. An dieser Stelle sieht Hayek auch die größte Schwierigkeit für liberale Überzeugungsarbeit:

It may indeed prove to be the most difficult task of all to persuade the employed masses that in the general interest of their society, [...], they should preserve such conditions as to enable a few to reach positions which to them appear unattainable or not worth the effort and risk. (**Constitution**)

Zwar verstehen die Angestellten die Notwendigkeit mancher Freiheitsausübung nicht, dennoch gelten Angestellte nach liberaler Auffassung als frei, weil sie ihren Job auch wechseln können, wenn ein Wechsel ihnen auch Einkommenseinbußen bescheren könnte. Die Freiheit eines abhängig Beschäftigten hängt also davon ab, dass es eine genügend große Anzahl an Arbeitgebern gibt. Gäbe es nur einen einzigen Arbeitgeber könnte dieser Zwang auf die Individuen ausüben. Damit geht notwendig eine unterschiedliche Interessenlage zwischen Arbeitgeber und -nehmer einher, weil sich Arbeitgeber ganz anders entscheiden müssen als Arbeitnehmer. Während der Arbeitnehmer seine Arbeitskraft für eine bestimmte Anzahl von Stunden zur Verfügung stellt, ist die Arbeit für den Selbständigen eine Frage der ständigen Umformung seines Lebensplanes. Viel wichtiger sind für Hayek indes die unterschiedlichen Bezahlungsvorstellungen. Arbeitnehmer in großen Organisationen erhalten oft einen leistungsbezogenen Lohn, weil er innerhalb des Organisationsgefüges als gerecht gelten muss. Für den Unternehmer ist dies jedoch nicht der Fall (**Constitution**).

Durch die vorherrschende Angestelltenklasse, die von der Verantwortung des ökonomischen Lebens befreit ist, werden Ideen sozialer Gerechtigkeit zu ihren Gunsten angepasst. Im Zuge dessen sinkt das Ansehen der Unternehmer: „And all that concerns the possession and employment of capital as part of making one’s living comes to be treated as the special interest of a small privileged group which can justly be discriminated against.“ (**Constitution**)

Mag es auch scheinen, als könnten vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten auch von großen Kapitalgesellschaften im Streubesitz, d.h. mit geringer Vermögenskonzentration, angeboten werden, so wendet sich Hayek dagegen. Für innovative Unternehmen braucht es nach seiner Auffassung nach wie vor den risikobereiten Eigentümer, weil sonst die Gefahr einer Verkrustung der Strukturen und damit der Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen besteht. Desweiteren gilt ganz im Allgemeinen, dass kollektive Entscheidungen individuellen Entscheidungen unterlegen sind (**Constitution**).

Da der zweite Teil in der Hauptsache eine rechtsgeschichtliche Studie darstellt, deren Fokus auf dem Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Volkssouveränität und Rechtsstaatlichkeit liegt (vgl. S. 289f.), werden im Folgenden nur die gesellschaftstheoretisch relevanten Kapitel beschrieben.

## 2.4 Hayeks gesellschaftliche Evolutionstheorie

Ähnlich wie Sprache oder Geld sind die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht von einem einzigen Menschen entworfen worden, sondern bildeten sich im Laufe der Zeit heraus. Sie können als abstrakt angesehen werden, insofern Menschen in derselben Weise handeln, wenn sie in Situationen sind, die nur wenige Eigenschaften gemeinsam haben. Lange bevor Gesetzestexte niedergeschrieben wurden, dürften die Menschen sich also auch nach abstrakten Regeln gerichtet haben. Im Unterschied zu einem Befehl gehorcht man aber nicht einer konkreten Person sondern Regeln, die für alle Gültigkeit besitzen (**Constitution**)

Mit dem Anwachsen der individuellen Intelligenz und einer Tendenz, sich von althergebrachten Bräuchen zu lösen, wurde eine Neuformulierung von Gesetzen nötig, so dass sie mehr und mehr jenen abstrakten Charakter bekamen, der nur den Rahmen vorgibt innerhalb dessen, sich das Individuum frei bewegen bzw. frei agieren kann. Die Gesetze wirken dabei ähnlich wie Naturgesetze, wie Umwelteigenschaften, auf das Individuum (**Constitution**). Dies ermöglicht Hayek, Freiheit nochmal derart zu fassen, dass sie vorliegt, „[...] when we obey laws, in the sense of general abstract rules laid down irrespective of their application to us, we are not subject to another man’s will and are therefore free.“ (**Constitution**).

Rechtshistorisch wird die Entwicklung einer fortschrittlichen Gesellschaft mit dem Übergang vom Recht des Standes bzw. Status auf das Vertragsrecht identifiziert. Während früher einer Person aus einer Adelsfamilie gewisse Vorrechte zugesprochen wurden, gelten in einer fortschrittlichen Gesellschaft die gleichen allgemeinen abstrakten Rechte für alle (**Constitution**).

Wenn konkrete Befehle der Regierung „Recht“ genannt werden, nur weil sie von der gesetzgeberischen Autorität erlassen wurden, handelt es sich um eines der Hauptwerkzeuge der Unterdrückung. Die Verwechslung von Recht in Form von kodifizierten Befehlen und Recht im Sinne allgemeiner abstrakter Regeln führte Hayek zufolge zu einem Niedergang der Freiheit. In einer freien Gesellschaft dürfen Gesetze nicht dazu gebraucht werden, um dem Bürger einen fremden Willen aufzuzwingen. Die rationale Begründung für die private Entscheidungsfreiheit besteht darin, dass der Bürger in der Lage sein sollte, sein Wissen möglichst voll ausnutzen zu können, wobei unter Wissen insbesondere auch die oft einzigartige Kenntnis konkreter Umstände verstanden wird (**Constitution**).

Das Recht verkörpert Wissen, weil die Resultate von vergangener Erfahrung eingeflossen sind, indem Generationen von Individuen gewisse Regeln befolgten. Oft müssen deshalb die Funktionen einer Regel erst entdeckt werden, um sie durch bewusste Gesetzgebung zu verbessern. Die gesellschaftlich etablierten Regeln stellen somit eine Anpassung der Gesellschaft an ihre Umwelt und die generellen

Charaktereigenschaften ihrer Mitglieder dar (**Constitution**).

Die Haupteigenschaften einer halbwegs fortgeschrittenen Rechtsordnung wurden laut Hayek von David Hume schon treffend mit den drei fundamentalen Naturrechten zusammengefasst, die im einzelnen aus dem Recht auf Dauerhaftigkeit des Besitzes, dem Recht auf einvernehmliche Übertragung von Besitz und der Erfüllung von Versprechen bestehen (**Constitution**).

Wichtig ist, dass ein liberales Rechtssystem keine Sicherheiten für den Erfolg der Individuen bieten kann sondern nur Chancen und Gelegenheiten, weil der Gesetzgeber nicht alle Umstände wissen kann, unter denen das Recht zur Anwendung kommt. Dass dies eigens betont werden muss, liegt an utilitaristischen Vorstellungen, wonach ein Gesetz in allen seinen Anwendungen nützlich sein soll. Doch ist dies ein Missverständnis, denn ein Gesetz soll nur im Prinzip nützlich sein (**Constitution**).

Viel Kritik an einem System der Freiheit rührt von der Unfähigkeit her, sich ein System ohne bewusste Organisation vorzustellen. Gerade darin sieht Hayek eine der Errungenschaften ökonomischer Theoriebildung, die zeigt, wie die gegenseitige Anpassung der spontanen Interaktion der Individuen durch den Markt veranlasst wird. Eine solche Ordnung, die weit verstreutes Wissen und Anpassungen an neue Umstände einbezieht, kann nicht zentral geplant werden. Da viele menschliche Tätigkeiten das Anordnen physischer Objekte beinhalten, sind solche spontanen Ordnungen für viele Leute nur schwer zu begreifen. Dennoch verlässt man sich auf sie z.B., wenn es um Kristallisation oder komplexe organische Komponenten in der Chemie geht. Viele Eigenschaften solcher Prozesse sind notwendig jenseits unserer Kontrolle und doch entsteht eine Ordnung (**Constitution**).

#### **2.4.1 Spontane Ordnung und Organisation**

Der erste Band von *Law, Legislation and Liberty* baut die gerade skizzierte Evolutionstheorie der Reglementstehung weiter aus. Hierzu führt Hayek die Unterscheidung zwischen spontaner Ordnung und Organisation ein. Was, Adam Smith als „Great Society“ und Sir Karl Popper als „Offene Gesellschaft“ bezeichnen, ist identisch mit der spontanen Ordnung (**Law**). Er befasst sich aber erst mit den beiden philosophischen Grundausrichtungen des, wie er es nennt, konstruktivistischen und evolutionären Rationalismus, die er als Ursache für viele wissenschaftliche und politische Differenzen ansieht (**Law**). Der konstruktivistische Rationalismus wird zwar mit der Befreiung des menschlichen Geistes von falschen Vorurteilen in Verbindung gebracht. Dennoch hängen konstruktivistische Rationalisten letztlich einem primitiven Denken an, das alle vorgefundenen Regularitäten in den Phänomenen als Ergebnis eines denkenden Geistes interpretierte. Dagegen entwickelte sich die evolutionäre Sichtweise (**Law**). Auf gesellschaftstheoretischer

Ebene entwarfen die konstruktivistischen Rationalisten, wie oben schon erwähnt, Vertragstheorien (**Law**). Die Argumentation für die evolutionäre Betrachtung der Gesellschaft ist ebenfalls schon beschrieben worden. Dabei beruft sich Hayek explizit auf Karl Poppers Wissenschaftstheorie, wonach wissenschaftliches Wissen kein Wissen bestimmter Fakten ist, sondern aus Hypothesen besteht, die bislang allen systematischen Versuchen, sie zu widerlegen, widerstanden haben (**Law**).

Danach definiert Hayek zunächst seinen Begriff von Ordnung:

By order we shall throughout describe a state of affairs in which a multiplicity of elements of various kinds are so related to each other that we may learn from our acquaintance with some spatial or temporal part of the whole to form correct expectations concerning the rest, or at least expectations which have a good chance of proving correct. (**Law**)

Von diesem Grundverständnis der Ordnung werden nun spontane Ordnung und gemachte Ordnung unterschieden. Die gemachte Ordnung kann beschrieben werden als eine Konstruktion, eine künstliche Ordnung oder eine Organisation, sofern es sich um eine gelenkte soziale Ordnung handelt.

Spontane Ordnungen dienen hingegen keinem besonderen Zweck, sie müssen nicht notwendigerweise komplex sein, können aber einen beliebigen Komplexitätsgrad erreichen. Hoch komplexe Ordnungen, die mehr Informationen enthalten, als ein Mensch jemals wahrnehmen können, können nur spontane Ordnungen sein (**Law**).

Spontane soziale Ordnungen sind nach Hayek noch komplexer als natürliche. Deswegen ist unser Wissen über sie notwendig begrenzt auf ihren allgemeinen Charakter, wodurch unsere Verfügungsgewalt wesentlich geringer wird als im Falle einer gemachten Ordnung. Insbesondere die spontane Ordnung des Marktes wird regelmäßig nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit sichern, dass die erwarteten Verhältnisse vorherrschen, aber sie ist, nichtsdestoweniger, der einzige Weg, auf dem so viele Aktivitäten, die auf verteiltem Wissen beruhen, effektiv in eine einzige Ordnung integriert werden kann (**Law**).

Natürliche spontane Ordnungen formieren sich, indem sie gewisse Regularitäten aufweisen, die nicht explizit bekannt sein müssen. Betrachtet man soziale spontane Ordnungen, verwendet man eher den Begriff der Regeln, die die Voraussetzung für das soziale Zusammenleben sind. In primitiven Gesellschaften war das soziale Leben womöglich von Regeln bestimmt, die die Menschen gar nicht formulieren konnten, obwohl sie sie befolgten (**Law**). Die Regeln einer solchen primitiven Gesellschaft sind mithin spontan bzw. unbewusst entstanden.

Doch ist es zumindest denkbar, dass eine spontane Ordnung auf Regeln beruht, die allesamt bewusst entworfen wurden. Der spontane Charakter dieser Ordnung kommt dadurch zustande, dass sich ihre Erscheinungsform um Umstände herum

ausbilden wird, die beim Entwurf der Regeln nicht berücksichtigt werden konnten (**Law**). Eine spontane soziale Ordnung wird immer aus Individuen und Organisationen zusammengesetzt sein. Familien, Höfe, Fabriken und Unternehmen sind Organisationen, die in freien Gesellschaften Teil einer sie umfassenden spontanen Ordnung sind, die wiederum die Koordination der verschiedenen Aktivitäten bewirkt. Eine Organisation, die innerhalb einer freien Gesellschaft eine besondere Stellung einnimmt, weil sie sonst nicht existieren könnte, wird i.a. Regierung genannt. Sie ist für die Durchsetzung der Regeln, auf denen die spontane Ordnung basiert, verantwortlich und kann verglichen werden mit einer Art Instandhaltungsmannschaft einer Fabrik, die nicht für die Produktion bestimmter Produkte zuständig ist sondern darauf achtet, dass die Maschinerie funktionstüchtig bleibt (**Law**).

Auch Organisationen benötigen Regeln, die denen der spontanen Ordnung nicht unähnlich sind, weil sie keine direkten Anweisungen darstellen, sondern den in Organisationen tätigen Individuen Wissen einzusetzen, das niemand als ganzes besitzt. Sie füllen die Lücken aus, die von spezifischen Anweisungen nicht abgedeckt werden und unterscheiden sich je nach Position der Organisationsmitglieder. Trotz ihrer Ähnlichkeit mit den gesellschaftlichen Regeln sind sie stets an den Zweck der jeweiligen Organisation gebunden (**Law**).

Gesellschaftliche Regeln müssen jedoch zweckungebunden sein und im Prinzip für alle gleich sein. Die Anwendung dieser Regeln wird unabhängig von irgendeinem allgemeinen Zweck sein, was das Individuum nicht einmal wissen muss. Sie haben also eine abstrakte Ordnung zum Ziel, deren konkreter Inhalt von niemanden vorhergesehen werden kann. Je komplexer die Ordnung sein soll, umso mehr werden die diversen Handlungen von unbekanntem Umständen bestimmt sein, und umso mehr Kontrolle wird über Regeln ausgeübt als über direkte Anweisungen. Gerade weil die moderne Gesellschaft als spontane Ordnung entstand, konnte ihre Struktur den heutigen Komplexitätsgrad erreichen, der jeglichen Organisationsentwurf bei weitem übertrifft. Darum ist der Gedanke, dass man zu einem Gesellschaftsplan übergehen sollte, weil die Gesellschaft zu komplex geworden ist, paradox (**Law**).

Darauf gründet sich auch die zentrale These gegen die Intervention in den Markt, das Hayek, wie folgt, ausdrückt:

While it is sensible to supplement the commands determining an organization by subsidiary rules, and to use organizations as elements of a spontaneous order, it can never be advantageous to supplement the rules governing a spontaneous order by isolated and subsidiary commands concerning those activities where the actions are guided by the general rules of conduct (**Law**).

Eine zentrale Autorität, dies ist die Begründung für obige These, kann nicht die Ziele und die Informationen aller Akteure im interdependenten System der spontanen Ordnung kennen, kann deshalb die Ordnung bestenfalls nur stören aber niemals verbessern. Verbesserungen innerhalb einer spontanen Ordnung können dementsprechend nur bei den allgemeinen Regeln ansetzen, auf denen sie beruht (**Law**). Sie können daher nur Stückwerk sein, weil sie sonst die individuelle Freiheit bedrohen. Steht etwa ein staatlicher Eingriff in das Marktgeschehen zur Debatte, sind die unmittelbar aus diesem Eingriff erwachsenden Vorteile bspw. für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe offenkundig, doch die längerfristigen Effekte sind meist unbekannt und werden daher nicht mit bedacht. Wird in dem Zusammenhang staatlicher Zwang zur Erzielung eines schnellen materiellen Vorteils angewendet, wird die Freiheit mit ziemlicher Sicherheit geopfert werden (**Law**).

Da einige Zeitgenossen meinen, man könne nur von unmittelbaren Zielvorstellungen geleitet sein und man könne alle allgemeinen Werte missachten, die nicht unmittelbar dem Ziel zuträglich sind (**Law**), bezieht Hayek einen ausdrücklich ideologischen Standpunkt, wobei er Ideologie als eine Menge von Prinzipien versteht: „Although, admittedly, an ideology is something which cannot be ‘proved’ (or demonstrated to be true), it may well be something whose widespread acceptance is the indispensable condition for most of the particular things we strive for.“ (**Law**)

Mit dem Ende der liberalen Ära der Prinzipien um 1890 n. Chr. kam eine bis in die damalige Gegenwart andauernde Politikstil in Mode, der alle Vorbehalte gegen politische Handlungen aufgrund von Prinzipien ablehnte. Doch führte er nicht zu einer besseren Beherrschung des Schicksals der Bürger sondern dazu, dass der Bürger oft mit unvermeidlichen Notwendigkeiten konfrontiert wird (**Law**).

Die Vorteile der Freiheit sind trotzdem nur schwer zu vermitteln, weil sie nur aufgrund von Prinzipien aufrechterhalten werden kann, die oft einem bestimmten gewünschten Ergebnis entgegenstehen und die Kosten des Bruchs mit einem oder mehrerer dieser Prinzipien nicht exakt beziffert werden können. Aufgrunddessen kann die Freiheit nur erfolgreich verteidigt werden, wenn ihre Verteidigung dogmatisch und ohne Rücksicht auf kurzfristige Zweckmäßigkeit unternommen wird (**Law**).

Für seine Zeit sieht Hayek jedenfalls die Freiheit in akuter Gefahr und befürchtet einen Übergang in ein totalitäres System und mahnt zur Umkehr:

It is because we have departed from the ideal so much further than most people realize, and because, unless this development is soon checked, it will by its own momentum transform society from a free into a totalitarian one, that we must reconsider the general principles guiding our political actions.  
(**Law**)

Die ökonomische Wissenschaft hat bei der Rückkehr zu allgemeinen Prinzipien in der Politik nur die Aufgabe, die allgemeine Natur der spontanen Ordnung darzulegen, während sie keinerlei Wissen über die Einzelheiten einer konkreten Situation bieten kann. Ihre Theorie konstruiert mentale Modelle aus beobachtbaren Elementen, die zwar anhand von Fakten überprüft werden müssen, zu denen man jedoch niemals auf dem Wege der Induktion durch Beobachtung gelangt (**Law**).

#### 2.4.2 Evolution des Rechts

Hayek wendet nun sein evolutionäres Schema auf den sich wandelnden Rechtsbegriff an. Wie alle anderen sozialen Institutionen so unterliegt auch das Recht dem Selektionsprozess der Evolution und ist nicht bewusst erfunden worden (**Law**), wobei sich die effektiveren Regeln des Rechts am Ende durchsetzen (**Law**).

Schon unter dem Häuptling eines primitiven Stammes muss es auf der einen Seite die Befehle des Oberhauptes und auf der anderen Seite die Wohlverhaltensregeln des Stammes gegeben haben. Dienten die Befehle einem unmittelbaren Aktionsplan des Häuptling z.B. Jagd oder kriegerische Auseinandersetzungen, so war die Durchsetzung einer Wohlverhaltensregel abhängig von ihrer allgemeinen Akzeptanz unter den Stammesmitgliedern. Im Fall von Meinungsverschiedenheiten zwischen Stammesangehörigen, die der Häuptling zu schlichten hatte, wurde es dann eventuell nötig, die Regel zu artikulieren (**Law**). Die ersten Gesetzgeber wie Hammurabi u.a. hatten nicht im Sinn, dass Recht neu zu schaffen, sondern lediglich geltendes Recht schriftlich festzuhalten (**Law**). Im Mittelalter herrschte eine ähnliche Auffassung des Rechts vor als etwas, das nicht dem menschlichen Willen unterliegt, das entdeckt werden muss (**Law**). Nur in England blieb die mittelalterliche Rechtsauffassung bis in die Neuzeit hinein erhalten, aus der auf Grundlage der mittelalterlichen „Freiheiten“ die moderne Freiheitsauffassung von Freiheit unter dem Gesetz entstand. Maßgeblich dafür war das englische *common law* (**Law**), bei dem der Richter im Streitfall aus Präzedenzfällen eine Regel abstrahieren und den streitenden Parteien erklären muss, was in ihrem Fall Brauch ist (**Law**). Das *common law* erlaubt es folglich eine Ordnung aufrechtzuerhalten, die nicht mit Absicht entworfen wurde (**Law**).

Im Lauf der Geschichte gerieten vielfach die Wohlverhaltensregeln unter die Gewalt der Regierung, die vorher gesetzgeberisch nur mit den Regelwerken für ihre eigenen Zwecke betraut war, was auf den Einfluss des konstruktivistischen Rationalismus zurückzuführen ist. Hayek hält die unbegrenzte Gesetzgebungsmacht der Regierung erwartbar für falsch und plädiert für eine Trennung zwischen Regierungs- bzw. Organisationsregeln und den Wohlverhaltensregeln, die auf der

öffentlichen Meinung<sup>2</sup> basieren (**Law**).

Den beiden Rechtsbereichen, die man freilich auch öffentliches Recht und Privatrecht nennen kann, widmet Hayek die letzten beiden Kapitel des ersten Bandes von *Law, Legislation and Liberty*. Als erstes nimmt er sich des Privatrechts im Sinne des *common law* an. Entgegen der falschen Vorstellung von konstruktivistischen Rationalisten und Rechtspositivisten gab es niemals zuerst eine Gesellschaft, die sich dann die Gesetze machte. Es verhält sich eher umgekehrt, dass Individuen, die gewisse gemeinsame Regeln befolgten, zu Gesellschaften wurden (**Law**). Gesetze bzw. Regeln wurden mithin, wie bereits erwähnt, eigentlich entdeckt, nicht gemacht. Diejenigen, die sich entschieden die Regeln durchzusetzen, wussten mitunter nicht einmal, welche Funktion die Regeln hatten. Für das Fortbestehen einer Gesellschaft sind Durchsetzung und Lehre der Regeln jedoch unerlässlich. Im Konfliktfall wird ein Richter zu entscheiden haben, ob die einen Parteien sich gemäß Erwartungen verhalten haben, die die anderen Parteien begründeterweise gebildet haben, weil sie in der Gesellschaft so Brauch sind, nicht ob, sie irgendjemandes Willen Folge leisteten (**Law**). Somit ist die Aufgabe des Rechts aus Sicht der Autoritäten in erster Linie, den Frieden zu bewahren (**Law**). Für die Individuen haben etablierte abstrakte Regeln den Vorteil, dass sie die Abstimmung ihrer Handlungen erleichtern, sie können allerdings keine Sicherheit bieten (**Law**). Hin und wieder wird es nötig sein, dass Juristen neue Regeln für bislang nicht aufgetretene Fälle finden, wobei die Ordnung nur weiterentwickelt und nicht von Grund auf neu konstruiert wird (**Law**).

Das Privatrecht soll die Individuen darüber in Kenntnis setzen, welche Erwartungen vom Recht geschützt werden und welche nicht. Erwartungen und Gesetze befinden sich dabei in einem dauerhaften Wechselspiel, weil neue Regeln zum Schutz von Erwartungen, neue Erwartungen bedingen können. Da die Voraussicht von Gesetzgebern und Richtern begrenzt ist, wird es sich immer um einen einigermaßen experimentellen Prozess von Versuch und Irrtum handeln. Obgleich es sogar sinnvoll ist, dass einige Erwartungen enttäuscht werden können, wenn bspw. ein Kunde die Firma wechselt, stellt sich dennoch die Frage, wie im Durchschnitt die Erwartungserfüllung vom Recht maximiert werden kann. Die Antwort darauf ist, dass den Individuen Handlungsfreiheit gewährt werden muss, damit sie sich der sich ändernden Umwelt bzw. Ordnung anpassen können (**Law**). Deshalb können privatrechtliche Regeln nur abstrakter Natur sein, können somit keine konkreten Enttäuschungen durch Veränderung der Umstände berücksichtigen [106]Law.

Nun rückt Hayek die Zivilisation als rationale Begründung für das Privatrecht als Mittel für die Bewahrung der spontanen Ordnung in den Mittelpunkt:

---

<sup>2</sup>Hayek verwendet im engl. Original *opinion*.

The understanding that 'Good fences make good neighbours', that is, that men can use their own knowledge in the pursuit of their own ends without colliding with each other only if clear boundaries can be drawn between their respective domains of free action, is the basis on which all known civilization has grown. (**Law**)

Weil das Recht auf Eigentum die bisher einzige entdeckte Methode ist, individuelle Freiheit konfliktfrei zu verwirklichen, bilden Recht, Eigentum und Freiheit eine unauflösliche Dreieinigkeit als Basis der Zivilisation (**Law** 107f.). Darum wendet er sich gegen eine Sozialwissenschaft, die Empfehlungen zur Verbesserung ausarbeitet, die Grundlagen der spontanen Ordnung zerstören könnte (**Law**).

Die einzige Wissenschaft, die eine abstrakte spontane soziale Ordnung, die Marktordnung, bislang zu ihrem Gegenstand gemacht hat, ist die Wirtschaftswissenschaft. Aber in der Rechtswissenschaft gibt es noch kein ausreichendes Verständnis dafür, dass das Ziel der Wohlverhaltensregeln eine Ordnung dieser Art sein könnte, weswegen das öffentliche Recht die juristische Welt dominiert mit Gefahren für den Fortbestand der freien Gesellschaft. Zwar existieren auch andere spontane Ordnungen, indes ist die Marktordnung wahrscheinlich die einzige umfassende Ordnung, die sich über das ganze Feld der menschlichen Gesellschaft erstreckt. Sie ist deswegen auch die einzige, die Hayek in Betracht zieht (**Law**).

Eine Regel im Sinne der spontanen Ordnung kann sich aufgrund geänderter Rahmenbedingungen als ungerecht erweisen, weil sie unzureichend war, um einen Konflikt zu verhindern (**Law**). In der Welt des *common law* muss der Richter die Regel den neuen Umständen anpassen, damit die spontane Ordnung erhalten bleiben kann (**Law**).

Das öffentliche Recht beinhaltet Regeln, die die Ziele und Maßnahmen der Regierung betreffen, und unterscheidet sich dadurch von den abstrakten Regeln des Privatrechts. Da der Regierung auch die Durchsetzung des Privatrechts bzw. der Wohlverhaltensregeln obliegt, ist es nicht ganz einfach eine klare Trennlinie zu ziehen. Die wichtigste Maßnahme der Regierung ist die Besteuerung, was zur Entstehung der Parlamente führte, die von Anfang an zum größten Teil mit Regierungsangelegenheit beschäftigt waren (**Law** 124ff.). Die meisten erlassenen Gesetze gehören zum öffentlichen Recht (**Law** 127).

Im Lauf der Geschichte erlangten den gesetzgebenden Körperschaften der Regierung die Macht, sowohl Wohlverhaltensregeln als auch Regierungsanweisungen festzulegen, obwohl sie eigentlich durch das Recht beschränkt werden sollte. So konnten alle Anweisungen zugleich Gesetze genannt werden (**Law**) und sich in modernen Zeiten eine zunehmende Verwischung der beiden Rechtsbereiche einstellen. Zusätzlich bürgerte sich ein, dass öffentliches Recht mit Gemeinwohl identifiziert wird, während das Privatrecht nur für die individuelle Wohlfahrt sorgt

(**Law**). Indessen könnte hypothetisch eine prosperierende Gesellschaft existieren, wenn sich die Regierung ausschließlich auf die Durchsetzung der Wohlverhaltensregeln konzentrierte (**Law**). Aber die heutige Jurisprudenz ist geprägt durch juristisches Denken im Rahmen des öffentlichen Rechts, das Ordnung nur als Organisation auffasst und so anfällig für totalitäre Tendenzen wird (**Law**).

### 2.4.3 Gemeinwohl und freie Gesellschaft

Der zweite Band setzt sich mit dem Thema sozialer Gerechtigkeit ausführlich auseinander, deren Unvereinbarkeit mit einer freien Gesellschaft nachgewiesen werden soll. Schon der Definition des Gemeinwohls, der eine Grundlage für den Einsatz von regierungsseitigem Zwang darstellt, ist so unklar, dass alle Interessen zum Gemeinwohl erklärt werden können (**Law1**). In einer freien Gesellschaft bleiben die Interessen der Individuen der Regierung verborgen, weil sie sie nicht kennen kann (**Law1**). Es war die Entdeckung, dass eine Ordnung durch einige abstrakte Charakteristiken definierbar ist, dass die Verfolgung verschiedener Zwecke ermöglichte, die die Leute dazu veranlasste, sich auf einige Wohlverhaltensregeln zu einigen. Diese Regeln entstanden in einem Versuch-Irrtums-Prozess und haben die Funktion eines Reisetaschenmessers, dass man mitnimmt, obwohl man nicht weiß, ob man es braucht. Sie sind das Mittel, um mit der unvermeidlichen Unwissenheit umzugehen (**Law1**). Ähnlich verhält es sich mit der Aneignung von Wissen, das die Individuen unternehmen, weil ein gewisser „Vorrat“ an Wissen Anpassungen an neue Situationen erleichtert und erfüllt derart dieselbe Funktion wie die abstrakten Regeln (**Law1**).

Die konstitutive Unwissenheit wird das Individuum in einer freien Gesellschaft dazu veranlassen, sich Mittel bzw. Geld zu verschaffen, die ihm irgendwann helfen können, seine eigentlichen Ziele zu verwirklichen. So wird es auf Basis von Preissignalen für die Güter und Dienstleistungen, die es anbieten kann, sein Wissen über die Umstände seiner Umgebung für sein unmittelbares Ziel einsetzen und so seinen Mitmenschen nutzen, wofür die Freiheit seine Zwecke selbst zu wählen vorausgesetzt sein muss. Weil die Umstände für die verschiedenen Individuen unterschiedlich sind, kann so viel verschiedenes Wissen eingesetzt werden. Deshalb steht die Idee, dass die Regierung gleiche Chancen für alle festlegen sollte, schon in Konflikt mit der Begründung der freien Gesellschaft (**Law1**). Die Ausgangsbedingungen der Menschen sind in der freien Gesellschaft nunmal ungleich, sind jedoch Ergebnis des Entdeckungsverfahrens, das die Marktordnung ausmacht. In ihr geht es darum, die spezifischen Umstände auszunutzen, die der Zufall einem und nicht jemand anderem zugespielt hat, was zugleich die rationale Begründung des ganzen Systems ist. Der Regierung kann eigentlich nur die Rolle zugestanden werden, dass sie die Befolgung der Wohlverhaltensregeln erzwingt (**Law1**).

Für eine freie Gesellschaft sollten die abstrakten Regeln die ultimativen Werte sein, weil sie zur Erfüllung unbekannter spezifischer Ziele beitragen. Damit geht die Auffassung von Gerechtigkeit einher, wonach ihr genüge getan wird, wenn verschiedene Ansichten über einen bestimmten Fall dadurch beigelegt werden können, dass Regeln entdeckt werden, die sobald sie fixiert wurden, allgemeine Zustimmung auslösen. Auch Regierungshandeln sollte den abstrakten Normen unterworfen sein, damit nicht partikuläre damit bedient werden (**Law1**).

Die Regeln der spontanen Ordnung müssen auf lange Sicht Geltung haben, was sie oft mit den Interessen der Regierung kollidieren läßt, weil diese oft nur an konkreten Zielen interessiert ist. Dieser Zielkonflikt kann zu einer Bedrohung der Freiheit durch anwachsenden staatlichen Dirigismus werden (**Law1**). Freiheit beinhaltet ein gewisses Maß an Schicksalsergebenheit, so Hayek:

Freedom means that in some measure we entrust our fate to forces which we do not control; and this seems intolerable to those constructivists who believe that man can master his fate - as if civilization and reason itself were of his making. (**Law1**)

## 2.5 Gerechtigkeit und spontane Ordnung

Da die spontane Ordnung kein Resultat geplanter menschlicher Handlungen ist, kann sie weder gerecht noch ungerecht sein, weil Gerechtigkeitserwägungen nur in Bezug auf die Wohlverhaltensregeln Sinn machen. Insonderheit hat niemand Verantwortung für die Position des Einzelnen, weil sie das Ergebnis unzähliger Einzelhandlungen ist (**Law1**).

Hayek wiederholt noch einmal die Eigenschaften der Wohlverhaltensregeln, die nur z.T. in Form des Privatrechts kodifiziert sind (**Law1**), deren Quintessenz er folgendermaßen ausdrückt: „The chief function of rules of conduct is thus to tell each what he can count upon, what material objects or services he can use for his purposes, and what is the range of actions open to him.“ (**Law1**)

Der marktwirtschaftliche Wettbewerb kann darum nicht am Ergebnis gemessen werden, sondern nur daran wie er ausgeführt wird. So können die Wohlverhaltensregeln niemanden vor Preisänderungen schützen.

Der Weg von der teleokratischen Stammesgesellschaft zur nomokratischen *Great Society* war ein langsamer Prozess, in dem die Regeln immer abstrakter wurden. In der Nomokratie kann man Gerechtigkeit auch so definieren, dass für jeden die gleichen Regeln gelten, so dass es sich nicht um einen Interessenausgleich handeln kann. Es kann sogar sein, dass die Regelanwendung Resultate zeitigt, die man als ungerecht empfinden würde, wären sie vorsätzlich von einer Person herbeigeführt worden. Selbiges kann bei Regeländerungen geschehen, die die Bewahrung

der spontanen Ordnung erfordert (**Law1**). Desweiteren enthält das menschliche Moralempfinden noch Schichten aus der Zeit der Stammesgesellschaft, die oft nur schwer mit neueren Regeln, in Einklang zu bringen sind (**Law1**).

Der klassische Liberalismus scheiterte laut Hayek an der Unauffindbarkeit objektiver Kriterien für positive Gerechtigkeit. Dies sind Prämissen von denen das ganze System der Wohlverhaltensregeln logisch abgeleitet werden kann. Die rechtspositivistische Lösung des Problems kam der Vorstellung gleich, dass das gesamte Recht willkürlich von Menschen entworfen wurde, was jedoch im Gegensatz zum Liberalismus steht. Eine liberalismuskonforme Lösung erkennt das Fehlen positiver Gerechtigkeit an und beruft sich stattdessen auf die Weiterentwicklung eines bestehenden Rechtssystems, in dem die Antworten auf bestehende Probleme entdeckt und nicht willkürlich dekretiert werden (**Law1**).

Hayek greift den Rechtspositivismus scharf an, macht ihn verantwortlich für die Unterstützung unbeschränkter demokratischer Macht (**Law1**) und sieht in ihm gar den Wegbereiter für den deutschen Totalitarismus im Nationalsozialismus (**Law1**). Die Hauptargumentationslinie geht darauf aus, dass Rechtspositivisten alles für planbar hielten und somit blind für die Erfordernisse der spontanen Ordnung seien (**Law1**).

Was das Verhältnis von Moral und verrechtlichten Wohlverhaltensregeln angeht, so können letztere mit staatlichem Zwang geltend gemacht werden, wohingegen die vorherrschende Moral nur das private Verhalten betrifft und nicht erzwungen werden kann. Das liberale Ideal wäre dabei die weltweite Gleichheit vor dem Gesetz für alle Menschen, was Hayek im Hinblick auf die Einschränkung des Gesetzgebers durch die vorherrschende Moral erwähnt (**Law1**).

Die „soziale Gerechtigkeit“ rückt nun ins Zentrum der Betrachtungen und wird mit derselben Art von Argumenten abgewiesen, wie sie gegen Gerechtigkeitsvorstellungen in Bezug auf die spontane Ordnung angeführt werden, nur dass spontane Ordnung ersetzt wird durch Markt. Es wird sogar eine scheinbare Ungerechtigkeit der Verteilung des Marktergebnisses zugegeben, aber:

Those shares are the outcome of a process the effect of which was neither intended nor foreseen by anyone when the institutions first appeared— institutions which were then permitted to continue because it was found that they improve for all or most the prospects of having their needs satisfied. (**Law1**)

Obwohl das Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit einige Verbesserungen im Rechtssystem hervorrief, so hat es weder zu einer gerechteren Gesellschaft noch zu einer Verringerung der Unzufriedenheit geführt (**Law1**). Mehr noch, soziale Gerechtigkeit hat den Status eines quasi-religiösen Aberglaubens erhalten, der bekämpft werden muss, sofern er als Vorwand zur Zwangsausübung missbraucht

wird. Der Glaube an die soziale Gerechtigkeit war für Hayek die größte Bedrohung für die Werte der freien Zivilisation, weil der Regierung dafür große Machtbefugnisse eingeräumt werden müssten, die die persönliche Freiheit zerstören würden (**Law1**).

Die Bedrohung der persönlichen Freiheit rührt vor allem daher, dass der Wille zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft, die Regierung dazu veranlasst, das gewollte Verteilungsmuster mit immer mehr Kontrollen umzusetzen, wodurch sie sich immer mehr einem totalitären System nähern muss (**Law1**).

Analog zur sozialen Gerechtigkeit ist die Vorstellung, dass bestimmte Dienste einen höheren Wert für die Gesellschaft haben als andere unvereinbar mit einer freien Gesellschaft, weil sie ihr eine Hierarchie von Zielen überstülpen müsste, der die Menschen dienen wie für eine Organisation. Werte sind zudem subjektiv, denn, was dem einen viel wert ist, gilt dem anderen u.U. nichts (**Law1**). Der Ruf nach gerechter Bezahlungen bzw. sozialer Gerechtigkeit hat eine seiner Ursachen darin, dass die meisten Beschäftigten in großen Organisationen angestellt sind, obwohl sie für den Erhalt der Marktordnung z.T. auf reinem Zufall beruhen muss (**Law1**).

Hayek muss zugeben, dass selbst Anhänger der Marktordnung für gleiche Startbedingungen aller im Bildungssystem eintreten. Er tut solche Forderungen mit dem Hinweis ab, dass dem Staat in letzter Konsequenz zu große Kontrollmöglichkeiten an die Hand gegeben werden müssten, die einen Alptraum hervorbringen könnten (**Law1**). Dennoch gibt es keinen Grund, warum eine freie Gesellschaft kein Minimaleinkommen garantieren sollte, das aber kompatibel mit dem Marktmechanismus sein muss, um die Marktordnung nicht zu untergraben (**Law1**). Es gibt mithin unheilbare Ungleichheiten, die die „Great Society“ mit sich bringt und folgerichtig eine Abschwächung des aus der Ära der Stammesgesellschaften stammenden Glaubens an soziale Gerechtigkeit erfordert (**Law1**). Teilweise sind, anders ausgedrückt, moralische Gefühle, die vielleicht sogar angeboren sind, nicht anwendbar in der offenen Gesellschaft, weil sie bspw. den Wettbewerb behindern könnten (**Law1**). Es ist gerade der ständige Druck zur Anpassung an neue Zustände, die die Marktordnung auszeichnet und zivilisatorische Errungenschaften erst ermöglicht, der oft dem moralischen Empfinden entgegensteht (**Law1**).

Sogar die positiven Menschenrechte in der Formulierung von 1948 tragen für Hayek den Keim eines globalen Totalitarismus in sich. Die Verfasser der UN-Menschenrechtserklärung sahen nämlich Hayek zufolge in der Gesellschaft keine spontane Ordnung, sondern eine Organisation (**Law1**). Überdies müssen die positiven Menschenrechte vielen derart unerreichbar erscheinen, dass sie den Respekt vor ihnen verlieren (**Law1**). Eine spontane Ordnung lässt sich jedoch nicht dem

menschlichen Willen unterordnen. Sie kann nur insoweit beeinflusst werden, dass Anreize für alle geschaffen werden, soviel wie möglich zu tun (**Law1**).

Die Marktordnung erhöht dennoch die Chancen aller, eine größere Menge an Waren und Dienstleistungen zur Verfügung zu haben, als jede andere Ordnung (**Law1**). Sie gründet sich auf eine Entdeckung: „The Great Society arose through the discovery that men can live together in peace and mutually benefiting each other without agreeing on the particular aims which they severally pursue.“ (**Law1**)

Vor diesem Hintergrund verdeutlicht Hayek nochmals die Rolle der Ökonomen, indem er schreibt: „The truth is that catallactics<sup>3</sup> is the science which describes the only overall order that comprehends nearly all mankind, and that the economist is therefore entitled to insist that conduciveness to that order be accepted as a standard by which all particular institutions are judged.“ (**Law1**) Dieser recht hohe Anspruch der Ökonomen hat aber nichts mit einer Ökonomisierung zu tun, weil die meisten menschlichen Ziele nicht wirtschaftlich sind. Die Marktordnung hat die Tendenz, einen Zustand zu generieren, in dem kein Bedürfnis bedient wird zulasten des Entzugs einer größeren Menge von Mitteln zur Befriedigung anderer Bedürfnisse als notwendig, wobei einzig vertragliche Gegenseitigkeit gesichert sein muss (**Law1**).

### 2.5.1 Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren

Da der Markt das einzige Verfahren ist, mit dem sich letztlich zum Wohle aller verstreutes Wissen nutzbar machen lässt, muss man auch das Prinzip der negativen Rückkopplung akzeptieren, was meint, dass einige unverdiente Enttäuschungen erleiden müssen. Der Markt kann somit als ein Spiel angesehen werden, bei dem sowohl Glück als auch Geschick eine Rolle spielen (**Law1**), wobei die Frage offen bleibt, welchen der beiden Faktoren für die gesellschaftliche Akzeptanz der Marktordnung der Vorzug gegeben werden sollte (**Law1**). Die betriebliche Kostenrechnung ist dabei als wesentlichster Aspekt des Preissystems anzusehen. Wenn etwa in einem Produktionsbetrieb der Preis eines Rohstoffes so stark steigt, dass sich die Substitution durch einen anderen Rohstoff lohnt, dann profitiert von der Produktionsumstellung eventuell die Gemeinschaft. Die Rolle des Spekulanten besteht in diesem Zusammenhang darin, frühzeitig auf solche Preisänderungen hinzuwirken. Bei staatlichen Betrieben funktioniert der Mechanismus meist nur ungenügend, weil sie nicht unter Konkurrenzdruck arbeiten.

Die Belohnungen des Marktes bestimmen, was die Leute tun sollen, nicht, was sie getan haben. Sie sind Anreize, die zum Erfolg führen können, doch müssen

---

<sup>3</sup> *Catallaxy* benutzt Hayek als Synonym zur Marktordnung.

sie im Rahmen einer funktionierenden Marktordnung auch einige Erwartungen systematisch enttäuschen, damit der Wettbewerb aufdecken kann, welche Pläne falsch waren. Der Wettbewerb ist somit eine Entdeckungsprozedur, das einerseits für immer neue Produkte sorgt, andererseits die Entwicklung immer effizienterer Produktionsverfahren fördert (**Law1**) und so tendenziell die Gesamtproduktion maximiert (**Law1**). Da es aus oben dargelegten Gründen keine Zielhierarchie geben darf, ist die Verteilung der Marktbelohnungen notwendigerweise ungleich, obwohl dies oft als ungerecht empfunden wird (**Law1**). Regierungen sind geneigt, Interessengruppen Privilegien einzuräumen, die vor Enttäuschungen schützen, obwohl es gerade die kontinuierliche Anpassung an wechselnde Umstände ist, dem die Menschen die Früchte des Marktes verdanken. Wenn das Marktergebnis oft ungerecht erscheinen mag, so ist es immerhin ohne die Einwirkung von Zwang zustande gekommen (**Law1**).

Die Wohlverhaltensregeln legen, wie gesagt, vorwiegend fest, was man nicht darf, und bedingen so in gewissem Sinn ein System, das denjenigen gibt, die etwas haben. Doch dieser Umstand ist sogar von Vorteil, weil es dadurch einen Anreiz für die Besitzenden gibt, sich laufend zu verbessern, um die eigene Position zu halten (**Law1**). Zwar sollen die Wohlverhaltensregeln sehr wohl vermeidbare Unwissenheit verringern, doch entfele ohne das Verlustrisiko der Anreiz sein Talent einzusetzen, um einmalige Umstände herauszufinden in der Absicht, bevorstehende Veränderungen so gut wie möglich zu antizipieren (**Law1**).

Da es sich um ein Spiel handelt, muss es natürlich Gewinner und Verlierer geben, wobei der Gesetzgeber nur die Chancen für alle Spieler erhöhen kann. Schlechte Verlierer werden wahrscheinlich Kompensationsforderungen an die Regierung stellen, doch darf sie diesen nicht stattgeben, wenn Zwang auf die Durchsetzung der Wohlverhaltensregeln beschränkt bleiben soll. Dies trifft auch dann zu, wenn große Gruppen der Bevölkerung klagen (**Law1**). Sonst riskiert die Regierung die spontane Ordnung mittels einer Intervention zu zerstören, mit der sie ein bestimmtes Resultat erzielen möchte, das ein Privileg für eine Gruppe darstellt zulasten einer anderen. Sie sollte vielmehr darauf bedacht sein, die Chancen für alle zu erhöhen, indem z.B. bestehende gesetzliche Ungleichheiten ausgeräumt werden, obwohl in einer freien Gesellschaft immer ein gewisser Prozentsatz am unteren Ende der Lohnskala anlangen muss (**Law1**).

## **2.5.2 Bedrohung durch tribalistische Gefühle**

Die Marktordnung ist ständig der Bedrohung durch die Gerechtigkeitsgefühle der Bevölkerung ausgesetzt, die den Rückfall in die Stammesgesellschaft bedeuten würden, aus der ihre Entdeckung die Menschheit befreit hat (**Law1**). Diese Gefühle werden verstärkt durch die Tatsache, dass die Mehrheit in großen Orga-

nisationen arbeitet, die sie die umfassende Marktordnung vergessen lässt (**Law1**).

Das Verlangen nach einer gesellschaftlichen Zweckhierarchie erscheint als moralisch überlegen, muss aber über kurz oder lang in den Totalitarismus führen (**Law1**). Genauso gefährlich sind Interessengruppen wie Gewerkschaften, die der Regierung Druck machen können, um ihre Anliegen zu verwirklichen, weil sie damit nicht organisierte Leute ausschließen und den Wettbewerb unterbinden. Einen schnelleren Anstieg des Lebensstandards verhinderten diese Gruppen, weil sie die spontane Ordnung störten. Da soziale Gerechtigkeit auch in Entwicklungsländern viel Einfluss gewonnen hat, vereitelte diese Vorstellung die Abschaffung der absoluten Armut (**Law1**).

Nicht nur Gewerkschaften stellen ungerechtfertigte Forderungen mit dem Verweis auf soziale Gerechtigkeit, sondern auch Verbände von Kleinunternehmern, Kleinbauern usw. deren Status im Niedergang begriffen ist. In einer Demokratie sind die politischen Akteure oft versucht diesen Forderungen nachzugeben, obwohl sie nicht dem liberalen Gerechtigkeitsbegriff genügen. Dies führt Hayek zu folgender Überlegung (**Law1**) :

Perhaps an absolute ruler, wholly independent of public opinion, might confine himself to mitigating the hardships of the more unfortunate ones by isolated acts of intervention and let a spontaneous order determine the positions of the rest. (**Law1**)

Primitives Gerechtigkeitsempfinden steht jedenfalls in einem dauerhaften Konflikt mit den Anforderungen der „Great Society“, die die Befolgung abstrakter Wohlverhaltensregeln erzwingt, weil sie sonst zerstört wird. Um zu dieser Einsicht zu gelangen, hilft nur die mentale Rekonstruktion der allumfassenden Ordnung (**Law1**).

In der offenen Gesellschaft ohne Zielhierarchie agieren die Individuen meist dann am gemeinwohlförderlichsten, wenn sie ihr Vermögen investieren, um mehr zu geringeren Kosten zu produzieren, als wenn sie es unter den Armen verteilen. Da offene Gesellschaften sehr viel Reichtum schufen, ahmten sie andere Gesellschaften nach (**Law1**). Unser Gefühlsleben ist noch nicht so recht an die offene Gesellschaft angepasst, doch darf ihm auf keinen Fall nachgegeben werden, weil sonst das Überleben einer großen Zahl von Menschen auf dem Spiel stünde. Leute, die sich durch die Marktordnung entfremdet fühlen, sind nichts weiter als undomestizierte und unzivilisierte Wilde, die die abstrakten Wohlverhaltensregeln nicht gelernt haben. Alle Versuche die „Great Society“ nach dem Bild einer Kleingruppe oder in eine sichtbaren Zwecken dienende Gemeinschaft umzuformen, enden in einer totalitären Gesellschaft (**Law1**).

## 2.6 Politische Gegner und Handlungsempfehlungen

Nach den skizzierten theoretischen Ausführungen Hayeks in beiden Texten macht seine politische Gegnerschaft konkreter und gibt politische Handlungsempfehlungen. Vorangestellt sind seine Überlegungen zu politischen Ideen als maßgebliche Zutaten für einen politischen Wandel.

Neue politische Ideen nehmen ihren Anfang bei wenigen und verbreiten sich allmählich, bis sie der Besitz einer Mehrheit werden, die wenig von ihren Ursprung weiß (**Constitution**). Es sind diejenigen, die professionell mit abstrakten Ideen umgehen, von denen moralische und politische Ansichten, aber auch wissenschaftliche Überzeugungen zu uns kommen. Doch erst wenn die neuen politischen Ideen zum Gemeingut geworden sind, steuern sie effektiv die politischen Entwicklungen.

Die Beeinflussung des soziopolitischen Geschehens durch Ideen geschieht durch einen Filterprozess vom Gipfel der Pyramide nach unten. Oben herrscht größere Allgemeinheit und Abstraktheit nicht notwendigerweise größere Weisheit. Auf dieser Ebene kann ein Ideenwettbewerb stattfinden, der jedoch nur Leute betrifft, die an allgemeinen Konzepten interessiert sind. Welche Ideen letztlich bei der Mehrheit ankommen, wird auf einer Zwischenebene bestimmt. Dort diskutieren Leute konkrete Probleme im Lichte allgemeiner Ideen.

Ohne ein kohärentes Bild der Gesellschaft, in der die Menschen leben wollen, würde Hayek zufolge eine Demokratie nicht funktionieren, weil die stückwerkartigen Veränderungen sonst zu keinen wünschenswerten Ergebnissen führten. Es ist die Aufgabe von Spezialisten ein solches Bild zu entwerfen. Die praktischen Menschen, die mit den täglichen Problemen konfrontiert sind, haben kein Interesse an solchen gesellschaftstheoretischen Erwägungen und bekommen politische Lehrgebäude präsentiert, von denen sie eine auswählen (**Constitution**).

Der politische Philosoph sollte abseits der Mehrheitsmeinung stehen, um umfassende Ziele der Politik anbieten zu können, über die die Mehrheit noch nicht nachgedacht hat. Dazu gehört das Abwägen zwischen konfligierenden Werten, damit er einen umfassenden Grundriss für die Politik liefern kann. Welche Bedeutung Hayek der Profession des politischen Philosophen beimisst, wird anhand des folgenden Zitats augenfällig: „If politics is the art of the possible, political philosophy is the art of making politically possible the seemingly impossible“ (**Constitution**).

### 2.6.1 Gegen Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaat

Auf der Basis der Bedrohung der freien Gesellschaft leitet Hayek seine Gegnerschaft zum keynesiansisch geprägten Wohlfahrtsstaat ab, der zwangsläufig tota-

litär werden müsse: „Thus the welfare state becomes a household state in which a paternalistic power controls most of the income of the community and allocates it to individuals in the forms and quantities which it thinks they need or deserve.“ (**Constitution**) Ferner beschneidet der Wohlfahrtsstaat die Eigenverantwortung des Individuums, indem er in den Bereichen Gesundheit, Arbeit, Wohnung und Altersvorsorge Zuwendungen verordnet (**Constitution**). Im Zuge dessen verselbständigt sich die staatliche Bürokratie, deren demokratische Kontrolle als Illusion abgetan wird (**Constitution**).

Ogleich Unternehmensmonopole nicht unbedingt ein Problem sind, solange sie nicht den Wettbewerb aktiv unterbinden, sind Gewerkschaftsmonopole auf der Seite des Arbeitsangebotes äußerst schädlich (**Constitution**). In Verbindung mit der Regierung sind sie eine Gefahr für die freie Gesellschaft (**Constitution**). Die Rechtfertigung von Gewerkschaftsmacht wird i.a. darin gesehen, dass sie höhere Löhne für die Beschäftigten erzielen. Da sie eine über dem Marktpreis liegende Bezahlung ihrer Branche nur zu dem Preis erzwingen können, dass diejenigen, die zu einem niedrigeren Preis gearbeitet hätten, in weniger gut bezahlte Jobs ausweichen, bewirken Gewerkschaftsaktivitäten sogar eine Reallohnsenkung und damit sogar eine tendenzielle Senkung der Produktivität (**Constitution**). Desweiteren droht der Wettbewerb als Regulativ für die Ressourcenallokation wegzufallen, wenn weite Teile des Arbeitsangebotes monopolisiert sind, so dass der Wettbewerb irgendwann ersetzt werden muss durch eine Zentralverwaltungswirtschaft (**Constitution**). Dadurch würden aber Gewerkschaften überflüssig (**Constitution**).

Als Ausweg aus diesem Dilemma empfiehlt Haye, dass die Gewerkschaften in ihrer Macht beschnitten werden (**Constitution**). Außerdem könnten sie die Fürsorge für aus ihrer Branche ausgeschiedenen Arbeiter übernehmen (**Constitution**).

## 2.6.2 Sozialversicherung

Ein verpflichtende staatliche Sozialversicherung kann nicht im Sinne des Liberalismus sein, sofern der Staat die Einwohner zwingt, sich bei ihm zu versichern. Mag sie auch dazu beigetragen haben, dass sich überhaupt ein solches System entwickelte, so fehlt der staatlichen Sozialversicherung auf lange Sicht der Druck des Wettbewerbs (**Constitution**).

Die staatliche Fürsorge geht Hayek zu weit. Es muss wieder eine klare Trennlinie zwischen den verschiedenen Sozialversicherungsleistungen geben. Sie verläuft zwischen den Leistungen, für die man bezahlt hat, und denjenigen, für deren Inanspruchnahme man seine Bedürftigkeit nachweisen muss (**Constitution**). Das System der allgemeinen staatlichen Altersvorsorge verpflichtet jeden, einzuzahlen, so dass der Charakter eines Vertrages auf Gegenseitigkeit, wie er für Privatver-

sicherungen kennzeichnend ist, verloren gegangen ist (**Constitution**). Private Altersvorsorge erlaubt es dagegen den Älteren unabhängig zu sein, wohingegen er für die Zukunft der Altersvorsorgepolitik in Großbritannien folgendes Szenario entwirft:

And ultimately not morals but the fact that the young supply the police and the army will decide the issue: concentration camps for the aged people unable to maintain themselves are likely to be the fate of an old generation whose income is entirely dependent on coercing the young.

Für eine obligatorische allgemeine Krankenversicherung hat er genausowenig übrig, weil ein einheitlicher Standard für alle langfristig die Qualität der Gesundheitsversorgung mindert. In einem freien System sollten zudem die im Erwerbsleben stehenden Menschen bevorzugt behandelt werden, um ihre Arbeitskraft wiederherzustellen (**Constitution**).

Die Arbeitslosigkeitsversicherung gehört selbstverständlich zum zweiten Typ der Sozialversicherung, für die Hayek vorschlägt, dass es eine niedrige Unterstützung für alle Bedürftigen geben sollte, wobei die Gewerkschaften spezielle Zusatzleistungen für ihre Branche anbieten könnten, sobald ihre Macht gebrochen ist (**Constitution**).

### 2.6.3 Steuerpolitik

Im Hinblick auf die Steuerpolitik geht es gegen die progressive Einkommenssteuer, die das Marktergebnis verzerrt (**Constitution**). Zwar kam die progressive Besteuerung ärmeren Bevölkerungsschichten zugute, aber sie diskriminiert die Reichen, weil sie nicht als Regel konzipiert werden kann, die für alle gilt (**Constitution**). Was die Besteuerung von Unternehmen anbelangt, hat progressive Besteuerung einen verzerrenden Effekt auf die Kapitalbildung und wirkt wie die Bestrafung eines Innovators, wodurch der Wettbewerb mit alteingesessenen Firmen möglicherweise verhindert wird. Hayek geht davon aus, dass dem unabhängigen freien Unternehmer immer noch die positivste Wirkung zugeht, obwohl er keine prinzipiellen Vorbehalte gegen Aktiengesellschaften hat (**Constitution**). Eine proportionale Besteuerung wäre nach Hayek ideal, weil keine Verzerrungen des Marktergebnisses auftreten, wenn jeder den gleichen Prozentsatz seines Einkommens an die Regierung zahlen müsste <sup>parencite[443]</sup>Constitution. Da aber indirekte Steuern untere Einkommensgruppen stärker belasten spricht er sich letztlich dafür aus ein wenig Progression zuzulassen, sie jedoch an das Gesamtsteueraufkommen zu koppeln (**Constitution**).

## 2.6.4 Geldpolitik

Auf dem Feld der Geldpolitik liegt Hayek vor allem die Preisstabilität am Herzen. Nach seiner Auffassung treibt ein ausgedehnter Wohlfahrtsstaat die Preissteigerungsrate nach oben, weil er so seine Schulden weginflationieren kann (**Constitution**). Deswegen sollte die Regierung mittels einer Regel gezwungen werden, eine an langfristiger Preisstabilität orientierte Politik zu betreiben, damit sie so vorhersehbar wie möglich ist. (**Constitution**). Hayek zufolge ist Inflation ein politisches Problem kein ökonomisches und hat einen Suchteffekt: „Even a very moderate degree of inflation is dangerous because it ties hands of those responsible for policy by creating a situation in which, every time a problem arises, a little more inflation seems the only easy way out.“ (**Constitution**)

Im letzten Band von *Law, Legislation and Liberty* schlägt er gar die Privatisierung von Währungen vor (**Law2**), um den Geldwert stabil zu halten (**Klausinger**).

## 2.6.5 Stadtentwicklung

Obwohl die moderne Zivilisation ohne Städte undenkbar ist, verursachen Großstädte auch eine Menge an Elend. Desweiteren sind die Eigentumsrechte nicht so einfach aufteilbar wie auf dem Land, weil es eine Vielzahl von Nachbarschaftseffekten gibt. Was ein Stadtbewohner mit seinem Eigentum macht, hat oft Rückwirkungen auf das Eigentum des Nachbarn, was eine einfache Anwendung von Eigentumsrecht und Vertragsfreiheit deutlich erschwert (**Constitution**).

Nichtsdestoweniger wurde auch die Stadtentwicklung vom Markt gesteuert, aber die Stadtverwaltungen wollen den Marktmechanismus nicht verbessern, sondern ihm ein zentrales Planungsschema aufsetzen. Eine der schädlichsten Kontrollen sind dabei Mietobergrenzen, die den Vermietern wenig Anreiz zu Renovierungen geben, sie u.U. beinahe enteigneten. Die niedrigen Mietpreise senden falsche Signale an potentielle Bewohner aus, womit eine Wohnungsnot einhergeht, die wiederum die Regierungen dazu bringt, Wohnungsbauprogramme aufzulegen (**Constitution**).

Da es für ärmere Bewohner wegen Mietobergrenzen keinen Anreiz gibt, wegzuziehen, stören sie das Stadtbild, was man entweder durch attraktive Neubauten seitens der Behörden oder durch die Einführung bestimmter Wohnungsstandards in den Griff bekommen kann (**Constitution**). Ziel einer liberalen Stadtentwicklung muss es sein, soviel Markt wie möglich zuzulassen:

But only a method which operates mainly through the inducements and data offered to the private owner and which leaves him free in the use of particular piece of land is likely to produce satisfactory results,

since no other method will make as full use of the dispersed knowledge of the prospects and possibilities of development as the market does.

### 2.6.6 Landwirtschaftspolitik und natürliche Ressourcen

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sieht Hayek die ökonomische Anpassung verzögernde Wirkung von Subventionen, die den Landwirten bei gefallen Preisen noch ein Auskommen garantieren sollten. Ein solches Vorgehen hintertreibt die Modernisierung des ländlichen Raums, dessen Bevölkerung irgendwann zurückgehen muss, weil sich mit Landwirtschaftsprodukten nicht mehr so viel verdienen lässt wie einst (**Constitution**). Um am Fortschritt teilhaben zu können, muss ein moderner Landwirt Geschäftsmann werden. Landwirtschaftspolitik sollte sich im wesentlichen darauf beschränken, Informationen bereitzustellen und die rechtlichen Institutionen<sup>4</sup> zu vervollkommen, um den Markt funktionstüchtiger zu machen. Private Informationsanbieter sollten allerdings keinesfalls benachteiligt werden (**Constitution**).

Das Vertrauen in die Marktkräfte wird auch für endliche Ressourcen propagiert. Sparsamkeit in Bezug auf Erdöl hält Hayek für unangebracht, weil der Markt schon für entsprechenden Ersatz sorgen werde (**Constitution**). Nationalparks wird eine Erholungsfunktion für die Bevölkerung zugestanden und sollten möglichst in der Hand von freiwilligen Organisationen sein (**Constitution**).

### 2.6.7 Bildungspolitik

Eine Demokratie benötigt ein gewisses Bildungsniveau, weil sie mit einer großen Zahl von Analphabeten nicht funktionieren kann. Außerdem brauchen junge Menschen Wissen, um sich in der modernen Welt zurechtfinden zu können (**Constitution**). Andererseits beeinflusst Wissen den Charakter der Menschen nicht so wesentlich, wie die Liberalen des 19. Jh. dachten, und sollte daher nicht überbewertet werden (**Constitution**).

Zwar mag der Aufstieg Deutschlands mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht befördert worden sein (**Constitution**), doch könnten psychologische Techniken es alsbald fertig bringen, dass staatlich genormte Individuen geformt werden. Daher wird man sich in Zukunft womöglich genötigt sehen, die öffentliche Hand als einzigen Anbieter von Bildung abzulösen, um seine Macht nicht zu groß werden zu lassen. Als gangbaren Weg schlägt er Milton Friedmans Gutscheinsystem vor. Es sieht vor, dass private Schulen über den Umweg von staatlichen Bildungsgutscheinen finanziert werden, mit denen ein Minimalstandard gewährleistet wird. Eltern können dann nach ihrem Ermessen entscheiden, welche

---

<sup>4</sup>Man denke an die Flurbereinigung u.ä..

schulischen Zusatzleistungen sie bezahlen wollen. Dadurch kommt es zu Wettbewerb und einer größeren Zahl an Schulvarianten.

Was die höhere Bildung an Hochschulen angeht, so sieht Hayek einen Trade-off zwischen einer längeren Schulbildung für viele einerseits und einer Ausweitung der Hochschulbildung andererseits. Er hält es dabei für wahrscheinlich, dass die Förderung einer kleinen akademischen Elite unter Rentabilitäts Gesichtspunkten den größten Nutzen verspricht. Während höhere Bildung für bestimmte Berufe sich in einem höheren Einkommen niederschlägt und sie so als Investition betrachtet werden kann, ändert sich der Blickwinkel, wenn man an Wissenschaftler, Ingenieure und Ärzte denkt, die ihre Dienste nicht so einfach zu einem höheren Preis anbieten, sondern einen Zugewinn für die Gesellschaft darstellen. Einige sollten deswegen darin unterstützt werden. Von einem generellen fähigkeitsbasierten Recht auf höhere Bildung rät Hayek jedoch ab u.a. mit dem folgenden Argument(**Constitution**): „There are few greater dangers to political stability than the existence of an intellectual proletariat who find no outlet for their learning (**Constitution**)“.

Ein weiteres Argument, nicht nur Begabte zum Studium zuzulassen, ist die demprimierende Wirkung für die unteren Schichten. Ungleichheit auch in der Bildung ist insoweit gerechtfertigt, als es einige Vorzüge gibt, die nur wenigen zukommen können (**Constitution**).

Hayek lässt eine große Sympathie für die Forschungsfreiheit bzw. die akademische Freiheit erkennen, die den fähigsten Forschern gewährt werden sollte. Sieht aber die Gefahr des zunehmenden Regierungseinflusses durch die kostenintensivere Forschung (**Constitution**), weswegen er für Mischfinanzierungen ins Spiel bringt (**Constitution**).

## 2.6.8 Wettbewerbspolitik und Privatisierung

Wie schon angedeutet wird monopolistische Marktmacht nicht für so wichtig erachtet, wie dies Wirtschaftswissenschaftler teilweise tun. Wettbewerb kann sich schon positiv auswirken, wenn sich ein Monopolist anstrengen muss, nicht eingeholt zu werden. Desweiteren sind keinem Wissenschaftler alle Fakten bekannt, so dass die Bewertung des Wettbewerbseffekts sich nicht auf einen Zustand beziehen kann, der einträte, wenn alle Fakten bekannt wären (**Law2**). Die ökonomische Theorie legt hingegen nur die Funktionsweise des wettbewerblichen Vorgangs dar, der durch das Eigeninteresse der Unternehmen wie bereits mehrfach erwähnt ein Entdeckungsverfahren zur Minimierung der Produktionskosten ist (**Law2**).

Sofern ein Monopol auf einer einzigartigen Fertigkeit zustande gekommen ist, wäre es absurd den Monopolisten dafür zu bestrafen. Im Falle eines Besitzmonopols wäre es genauso absurd dem Besitzer einen Vorwurf daraus zu machen,

dass er seinen Besitz auch nutzt. Dem Monopolisten sollte jedoch nicht gestattet sein, potentielle Wettbewerber zu behindern (**Law2**), genausowenig sollten sie rechtlich geschützt werden (**Law2**).

Schädlich sind Monopole also vor allem, wenn sie den Wettbewerb ausschalten (**Law2**).

Eine ganze Reihe von Vorschlägen sind der Privatisierung der seinerzeit noch öffentlichen Dienste gewidmet. So soll es kein Postmonopol und kein Rundfunkmonopol mehr geben (**Law2**). Beim Postmonopol sieht er sogar dringenden Handlungsbedarf, weil er in Staatsbesitz unzuverlässig wird (**Law2**). Bescheinigte Qualifikationen und Zertifikate für unbedenkliches Essen u.ä. können ebenfalls von privaten Firmen übernommen werden (**Law2**).

Daneben tritt noch die Forderung nach dem Ausbau eines sogenannten unabhängigen Sektors, der nicht gewinnorientierte Dienste leisten kann (**Law2**).

### 2.6.9 Verfassungsentwurf

Hayeks Verfassungsentwurf sieht eine gesetzgebende Versammlung und eine Regierungsversammlung vor. Erstere obliegen die abstrakten Wohlverhaltensregeln und die Begrenzung der Macht des Regierungsapparates. Letztere unterscheidet sich in ihrer Art nicht groß von bestehenden Parlamenten, ist aber gebunden an die Vorgaben der gesetzgebenden Versammlung, was z.B. maximale Steuerhöhe, Zwangsanwendung und die Diskriminierung von privaten Dienstleistungen gegenüber öffentlichen Dienstleistungen betrifft (**Law2**).

Die Neuerung besteht in der gesetzgebenden Versammlung, die sich Hayek als eine Art „Rat der Weisen“ vorstellt, in den eine kleine Zahl von 45–60 Jährigen Honoratioren für 15 Jahre durch eine indirekte Delegiertenabstimmung gewählt wird.  $\frac{1}{15}$  von ihnen wird jedes Jahr ersetzt und kann nicht wiedergewählt werden. Selbstverständlich sollten ausreichende Vorkehrungen getroffen werden, die Korruptierbarkeit unwahrscheinlich werden lassen (**Law2**). Es sollten nur Leute sein, die Eigentum erworben haben (**Law2**).

Zur Vermeidung von Kompetenzüberschneidungen zwischen den beiden Organen sollte ein Verfassungsgericht eingerichtet werden, dass in Streitfällen entscheidet (**Law2**). Der liberale Rechtsstaat hayekscher Prägung hat folgende Struktur:

1. Verfassung zur Zuteilung und Begrenzung der Macht
2. Gesetzgebende Versammlung
3. Regierungsversammlung gebunden an die ersten beiden
4. Regierung

## 5. Verwaltungsapparat

Um den Verfassungsentwurf herum gibt Hayek die Begründungen für denselben. Diese sind im wesentlichen schon genannt worden. Zum Schluss des dritten Bandes von *Law, Legislation and Liberty* bringt er den zentralen Konflikt noch einmal auf den Punkt, was an die Verfechter eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus gerichtet ist. Auf der einen Seite steht der funktionierende Markt, dessen Verteilungsergebnisse niemand vollständig vorhersagen kann, auf der anderen Seite gibt es nur die Zentralverwaltungswirtschaft. Beide Prinzipien sind unvereinbar, weil das eine die Verwirklichung des anderen verhindert. Eine Zentralverwaltungswirtschaft wird aber unweigerlich in einen totalitären Staat übergehen (**Law2**).

## 3 Kritikteil

Da viele Kritiken an Hayeks Position im weiteren Kontext einer Kritik des Neoliberalismus verfasst wurden, soll in den folgenden Ausführungen zunächst der Begriff erläutert werden und anschließend Hayeks Bedeutung für den Neoliberalismus dargestellt werden.

### 3.1 Zur Einordnung Hayeks in den Kontext des Neoliberalismus

Seit den 1990er Jahren wurde Neoliberalismus mehr und mehr zu einem politischen Kampfbegriff, der einen entfesselten, globalisierten Kapitalismus bezeichnet. Diesen negativen Sinn hatte er jedoch nicht immer, er ergab sich vielmehr aus den in dieser Zeit spürbar werdenden Auswirkungen des neoliberalen Paradigmas, das schon in den 1970er Jahren in die Wege geleitet worden war. Der Begriff kann heutzutage in einer Vielzahl von Bedeutungen vorkommen, was dem Umstand seiner Popularisierung als politisches Schlagwort geschuldet ist (**Ptak0**). Demzufolge muss man zum Ursprung des Begriffs zurückgehen, um ein klareres Verständnis des Neoliberalismus aus historischer und theoretischer Sicht zu gewinnen.

Die Vorsilbe „neo“ bezieht sich auf den alten Liberalismus in der Tradition von Adam Smith, Bernhard de Mandeville und David Hume u.a. mit einer starken Betonung des wirtschaftlichen Aspekts. Der Neoliberalismus hebt sich vom alten Liberalismus dadurch ab, dass er die dauerhafte institutionelle Absicherung der Marktgesellschaft zu seinem Kernanliegen macht. Er ist folglich kein neues Phänomen sondern eine Erweiterung und Modernisierung des (Wirtschafts-)Liberalismus (**Ptak0**).

Der historische Ausgangspunkt für diese Modernisierung war die Große Depression ab dem Ende der 1920er Jahre, die den Marktoptimismus der klassischen Wirtschaftswissenschaft jäh beendete. Fortan betrieben die meisten kapitalistischen Länder eine interventionistische Wirtschaftspolitik, der Keynes' „General Theory“ ab 1936 als theoretisches Fundament diente. Aufgrund der Langlebigkeit der Krise konnte man kaum an der liberalen Auffassung eines normalen Konjunkturverlaufs, der schon wieder auf ein wirtschaftliches Gleichgewicht zusteuern würde, festhalten. Die Niederlage des Wirtschaftsliberalismus war aber zugleich der Beginn der langfristig orientierten Gegenbewegung des Neoliberalismus (**Ptak0**).

Die Bewegung war von Anfang an international ausgerichtet und führte auf dem *Colloque Walter Lippmann* 1938 in Paris, bei dem Hayek auch zugegen war, den Begriff Neoliberalismus ein (Butterwegge, S. 21f.). Es wäre falsch, im Neoliberalismus eine einheitliche theoretische-ideologische Gesamtkonzeption zu erblicken, er ist vielmehr eine internationale und ziemlich heterogene Strömung der Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie mit dem verbindenden Ziel eine marktwirtschaftlich dominierte Gesellschaft zu etablieren (**Ptak0**).

Bei der Frage der Rechtfertigung der Marktgesellschaft lassen sich historisch gesehen zwei neoliberale Theoriestränge unterscheiden. Zum einen wäre der deutsche Neoliberalismus zu nennen, der unter Zuhilfenahme eines starken Staates die funktionstüchtige Wettbewerbswirtschaft gewissermaßen veranstalten will. Auf der anderen Seite steht Hayeks Bild von der spontanen Ordnung des Marktes als geschichtlich überlegenes gesellschaftliches System (**Ptak0**).

Ohne Frage gilt Hayek als eine der Hauptfiguren des Neoliberalismus, weil er das Projekt einer intellektuellen Neubegründung des Liberalismus wie kein zweiter repräsentiert (**Ptak0**). Andere gehen sogar so weit ihn den Vater des Neoliberalismus zu nennen (**Veerkamp**).

Von großer Bedeutung sind die Theorien von Gary S. Becker und James M. Buchanan aus den 1960er Jahren, weil sie gleichsam für die Entgrenzung des neoliberalen Projektes stehen. Ersterer ist bekannt für den Humankapitalansatz, der das ökonomische Kalkül für alle menschlichen Handlungen zugrundelegte. Denken ist demnach immer ein Abwägen von Handlungsalternativen, um ein nutzbringendes Resultat zu erzielen. Buchanan erarbeitete den Public-Choice-Ansatz (**Nordmann0**), der den Staat anknüpfend an Hayeks Evolutionstheorie im Idealfall auflösen will in ein Geflecht von Tauschbeziehungen (**Schui**).

## 3.2 Kritik an Hayeks Neoliberalismus

### 3.2.1 Schwierigkeiten in Hayeks Theorie

Generell sind die hier behandelten Schriften Hayeks von einer Fülle an verwendeter Literatur gekennzeichnet, während seine theoretischen Überlegungen selten mit Beispielen versehen sind. Dadurch kommt der Eindruck zustande, dass, um es in Anlehnung an Schui zu sagen, das Bild umso unschärfer wird, je schärfer man die Linseneinstellung wählt (**Schui**).

So können die Grenzen der Vernunft laut Tomlinson in Hayeks Theorie kaum ausgemacht werden. Auf der einen Seite legt Hayek großen Wert auf die evolutionär entstandene Tradition, die nur äußerst behutsam verändert werden darf. Auf der anderen Seite macht er weitreichende Vorschläge zur Änderung der Verfassung, zur Privatisierung von öffentlichen Diensten etc.. Man kann ihm sicherlich dahingehend recht geben, dass die Gesellschaft sich nicht von Grund auf neu bauen lässt wie ein Haus, doch kann keine sozialdemokratische Politik in den entwickelten Staaten aufgrund eines solch basalen Argumentes abgelehnt werden (**Tomlinson**).

Brodbeck weist darauf hin, dass Hayeks Gesellschaftstheorie nicht erklären kann, woher ein Denken gegen die spontane Ordnung kommen konnte, wenn sich die Intelligenz in einem evolutionärem Prozess herausgebildet hat (**Brodbeck**). Dieser Einwand könnte jedoch noch gekontert werden, indem die tribalistischen Restemotionen angeführt werden, die mit der soziokulturellen Evolution nicht mithalten konnten.

Als tragfähigerer und vor allem grundlegenderer Kritikpunkt erweist sich ein genauerer Blick auf den Begriff der spontanen Ordnung: Ist sie ein normativer oder ein deskriptiver Begriff? Seine politischen Empfehlungen legen nahe, dass ersteres der Fall ist. Andererseits steht die normative Interpretation im Gegensatz zum eher deskriptiven Charakter Hayeks evolutionärer Gesellschaftstheorie, die ihn konsequenterweise dazu zwingen würde, diejenige Ordnung anzunehmen, die sich im Selektionsprozess durchsetzt. Es ist daher wohl anzunehmen, dass die spontane Ordnung sowohl eine beschreibende als auch eine vorschreibende Funktion innehat. Dann aber versucht er die Aktionen der Individuen, den evolutionär entstandenen Traditionen und Konventionen unterzuordnen, was nach Barker der Leugnung des Prozesses gleichkommt, der die spontane Ordnung ausbildete (**Barker**). Demnach ist Brodbeck zuzustimmen, dass völlig unklar bleibt, ob bspw. die Aufhebung des Postmonopols ein unzulässiger Eingriff in die bestehende Gesellschaftsordnung wäre, denn schließlich ist auch das Aufheben von Regeln ein Eingriff in das System. Das Problem trat schon bei den Physiokraten auf, die einen analogen Gegensatz zwischen „natürlicher“ Wirtschaftsordnung

und künstlich hergestellter Ordnung konstruierten (**Brodbeck**).

Ein weiterer fragwürdiger Punkt in Hayeks Theorie besteht in seinen Ansichten über den Status des Wissens.<sup>5</sup> Wissen manifestiert sich für ihn nicht nur in bewussten Überlegungen und bewusster Kommunikation, sondern Wissen gibt es auch in einer „stillen“ Form verkörpert im Verhalten von Individuen und Gesellschaften (**Kukathas**). Es wird die Ansicht vertreten, dass die Hayeksche Theorie des Wissens in den 1960er Jahren von einer subjektivistischen Position, die einer Ablehnung der neoklassischen Methodik der Wirtschaftswissenschaften zuträglicher war, abging und durch den Begriff des „stillen“ Wissens ergänzt wurden (**Lawson**). Schui und Blankenburg sind daher der Meinung, dass Wissen einen stark subjektiven Charakter behalten muss, weil sich sonst nicht auf epistemischer Basis die Marktordnung verteidigen lässt (**Schui**).

In der Literatur werden darüberhinaus verschiedene Varianten diskutiert, wie Wissen im Hinblick auf die Sozialwissenschaften in Hayeks Schriften zu verstehen ist. Umstritten ist, ob sein Rekurs auf das spezifische unternehmerische Wissen, das für ihn planwirtschaftliche Versuche unmöglich macht, als eine kontingente Wahrheit über moderne Gesellschaften darstellt oder Teil einer epistemischen Theorie ist. Watkins hält erstere These für richtig (**Watkins**), während Parsons argumentiert, dass die Grenzen wissenschaftlichen Wissens Hayeks ganzes Werk kennzeichnen. In dem Fall tun sich aber unüberbrückbare Probleme auf, weil nicht gezeigt werden kann, wie es möglich ist, dass die Marktordnung tendenziell selbst-regulierend ist, obschon Wissen und Vernunft begrenzt sind und somit das Ganze unerkennbar (**Parsons**).

Das in ein ökonomisches Kalkül einfließende Wissen ist teilweise subjektiver Natur, kann daher von niemand anderem gewusst werden als den Wirtschaftssubjekten selbst. Objektiviert tritt Wissen nur in Form der Preise auf, so dass für Hayek der Markt zwar eine Art Rechenmaschine darstellt, aber keine die ersetzt werden könnte. Doch es ist unmöglich die Behauptung zu überprüfen, dass die Preise von individuellen Informationsunterschieden gesteuert sind, weil das einzige Beurteilungskriterium zur Nachprüfung dieser These die Preise selbst sind (**Brodbeck**).

Schließlich wären noch seine philosophiehistorischen Überlegungen, die einem starken Freund-Feind-Denkschema verhaftet sind, zu kritisieren. Weder gibt Hayek eindeutige Kriterien an, warum er einzelne Denker dem „Konstruktivismus“ zuordnet, noch scheint es ihm der Rede wert zu sein, dass ihm genehme Figuren der Geistesgeschichte wie Kant und Locke Vertragstheoretiker waren. Hayek legt aber großen Wert auf diese Unterscheidung, weil sie belegen soll, dass die Konstruktivisten aufgrund ihrer Verkennung der evolutionären Herkunft der Gesellschaft

---

<sup>5</sup>In den hier besprochenen Texten Hayeks wird seine Erkenntnistheorie nicht explizit gemacht.

zwangsläufig auf sozialistische Gedanken kommen mussten.

Weder Marx noch Hegel, die Hayek den Konstruktivisten zuschlägt, teilten diese Ansicht. Der weitaus gewichtigere Einwand gegen Hayek ist die Abwesenheit einer Verbindung zwischen einer konstruktivistischen Sicht der Gesellschaft und antiliberalen politischem Denken (**Kukathas**). So kann man Kant als einen liberalen ansehen, obwohl er wie kaum ein anderer dafür steht, dass moralisches Verhalten nur durch die Vernunft geleitet werden soll. Dennoch hält Hayek ihn für einen Liberalen, was darauf hindeutet, dass es noch nicht einmal eine starke Verbindung zwischen Konstruktivismus und sozialistischen Idealen gibt (**Kukathas**).

### 3.2.2 Kritik am Hayekschen Gesellschaftsbild

In diesem Abschnitt folgen einige Kritikpunkte, die sich eher darauf beziehen, ob das von der Hayekschen Theorie vermittelte Gesellschaftsbild realistisch ist. Zuvor soll noch einmal pointiert das neoliberale Gesellschaftsbild zusammengefasst werden.

Das Ziel der aufgestellten „Marktutopie“ ist das Überleben der (westlichen) Zivilisation nebst Schaffung einer reichen Klasse, aus deren Mitte, so die Hoffnung, einige Philanthropen hervorgehen. Der Markt steht im Zentrum der Zivilisation, weil der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren den überlebensnotwendigen Fortschritt hervorbringt. Der Markt darf deshalb nicht angetastet werden, weswegen von der Mehrheit die Unterwerfung unter die spontane Ordnung verlangt werden muss, sofern sie überleben will. Die wichtigsten Grundwerte der Marktgemeinschaft sind negative Freiheit und formale Rechtsgleichheit, die immer in Gefahr sind durch archaische Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, weil die Durchsetzung der Grundwerte vom Gewaltmonopol des Staates abhängt. Die folgenden Ausführungen widmen sich der Frage nach der behaupteten Priorität des Wettbewerbs bzw. des Marktes für den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt.

Zunächst ist anzumerken, dass es sehr wohl Wissensformen gibt, die einzelne Entscheidungen oder Unternehmen bei weitem übersteigen. Basale naturwissenschaftliche Erkenntnisse gehören dazu, aber auch Wissen um Zusammenhänge in der Politik und der Ökologie. Am Beispiel der Ökologie wird es besonders deutlich, dass man sich nur schwer vorstellen kann, dass Unternehmen über die Wechselwirkungen von Klimaerwärmung, Wüstenbildung und Regenwald Wissen erzeugen. Welchen ökonomischen Anreiz sollten sie dazu haben, zumal die genannten „Güter“ keine Preise haben?

Auch wenn es Preise für Güter gibt, ist noch lange nicht gesagt, dass sie die richtigen Knappheitsinformationen liefern. Sofern man, wie Keynes dies tat, davon ausgeht, dass Spekulation die Wahrheit über die Knappheit verzerren kann. Unter dieser Prämisse können die Preissignale nötige Anpassungen sogar verhin-

dern. Hayek behauptet dagegen eine positive Auswirkung der Spekulation.

Lässt man den Einwand gegen den Informationswert der Preise außer Acht, dann ist der beste Fortschrittsmotor laut Hayek der Wettbewerb, weil er der spontanen Schaffung neuen Wissens in Form einer Entdeckung Vorschub leistet, die den Vorrang vor geplanten Problemlösungen für den Fortschritt einnimmt. Führt man sich vor Augen, dass viele Erfindungen bzw. technische Weiterentwicklungen sehr wohl bewusst und gezielt von Großunternehmen etwa geplant werden, wird klar, dass diese Akzentsetzung fragwürdig ist. Zumal die Tatsache, dass es Industriespionage gibt, darauf hindeutet, dass Unternehmen nicht nur rein privates Wissen nutzen, sondern sehr viel Wissen allgemein benutzt werden kann. Der Schwerpunkt dürfte eher auf der Seite der systematischen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bis zur Marktreife liegen (**Brodbeck**).

Problematisiert man im Gegensatz zu Hayek die wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht nur auf der Seite der Arbeitnehmer, ergibt sich in vielen Branchen ein Bild, das eher dem Gesetz des Stärkeren als dem eines fairen Wettbewerbs gleicht (**Girkinger**). Wettbewerb stellt auch kein Anliegen gängiger betriebswirtschaftlicher Literatur dar. Im Gegenteil Marketingstrategen raten dazu ein Markenprodukt gerade so zu entwerfen, dass es keinen direkten Konkurrenten gibt (**Girkinger**). Freilich, für Hayek und seine Anhänger wären Analysen über die soziale Stellung des einzelnen und den gesellschaftlichen Strukturen nicht der Rede wert, weil in ihrer bipolaren Sicht damit dem Niedergang der Freiheit Tür und Tor geöffnet würde (**Girkinger**). Auf der anderen Seite gestehen selbst Sympathisanten wie Richardson, dass er den Einfluss der Gewerkschaften in England stark überbewertete, wobei Richardson sich nicht sicher ist, ob nach Hayeks Wissensbegriff eine Vorhersage überhaupt möglich wäre (**Richardson**).

Das dogmatische Festhalten am ausschließlich negativen Freiheitsbegriff kann man aber auch als großen Fehler betrachten, weil man dadurch die Augen vor den Folgen des technischen Fortschritts verschließt. Inzwischen kann laut Dahrendorf von der Entstehung einer neuen „globalen Klasse“ gesprochen werden, die sich im sozioökonomischen Umfeld der Informationstechnologie mit der Globalisierung herauskristallisiert hat. Sie übt Druck auf bestehende soziale Institutionen aus, wie es das aufstrebende Bürgertum im 18. Jh. tat, untergräbt damit die Solidarität und schafft neue Ungleichheit. Der entscheidende Punkt aber ist, dass sie im Kontrast zur früheren Kapitalistenklasse die Armen nicht mehr als Arbeitskräfte benötigt. In Anbetracht dessen wird klar, dass die negative Freiheit für ein Individuum ohne gute Startchancen in der Praxis marginalen Wert hat. Dies gilt selbst dann, wenn Hayeks Theorie in sich schlüssig wäre (**Girkinger**). Soll Freiheit mehr sein als ein Mittel, um die soziale Stellung der besitzenden Schicht zu verteidigen, muss aus einer sozialliberalen Perspektive noch einiges an sozia-

len Rechten bzw. politische Freiheit hinzukommen, um dem Begriff auch in der Praxis einen Sinn zu geben (**Girkinger**).

Was für die Freiheit zutreffend ist, kann auch für den Begriff der Gerechtigkeit geltend gemacht werden. Entgegen der fast paranoid anmutenden Abwehrhaltung Hayeks in Bezug auf die soziale Gerechtigkeit gibt es gute Gründe, am Begriff der sozialen Gerechtigkeit festzuhalten. Wie dargestellt kann im neoliberalen Denken nichts ungerecht sein, was dem impersonalen gesellschaftlichen Prozess entspringt.

Dem kann man entgegenhalten, dass eine unintendierte marktvermittelte Güterverteilung allein, die Betrachtung dieser Verteilung unter Gerechtigkeitsaspekten nicht ausschließen muss. Die Verteilungseffekte der bestehenden Marktverhältnisse lassen sich mit hinreichender Genauigkeit vorhersagen, weil sie in vielen Fällen eine ausreichende Kontinuität aufweisen. Insbesondere Kundenbeziehungen sind, obwohl sie freiwillig eingegangen werden, oft ziemlich stabil.

Akzeptiert man die Marktgesetze wie Naturgesetze, dann kann man in Hayek-scher Lesart den Markt für nichts verantwortlich machen, weil man auch die Natur nicht für Naturkatastrophen verantwortlich machen kann. Dagegen lassen sich die Beobachtungen der Reaktion von Bevölkerungen, über die eine Naturkatastrophe hereinbegrochen ist, heranziehen. Zwar macht in modernen Zeiten niemand mehr die Natur dafür verantwortlich, doch werden nach Katastrophen in betroffenen Gesellschaften oft Diskussionen angestoßen, ob die nötigen Vorsorgemaßnahmen im Vorfeld getroffen wurden. Kommen sie zu dem Schluss, dass dies nicht der Fall war, werden entsprechende Maßnahmen veranlasst, Deiche gebaut, Frühwarnsysteme installiert etc. (**Reitzig**).

In Analogie zur praktischen Bedeutungslosigkeit von negativer Freiheit hilft es einem armen Individuum zudem wenig, dass es im neoliberalen Sinn als gerecht gelten kann, seine Arbeit in einem lebenslangen Versklavungsvertrag anbieten zu dürfen (**Reitzig**).

Viele Autoren (**Brodbeck**) sehen es als eine Bereicherung der Wirtschaftswissenschaft an, dass Hayek mit seiner Argumentation gegen Interventionen in den Markt, die auf dem begrenztem individuellem Wissen beruht, die mechanistische neoklassische Analyse von Marktgleichgewichten in Frage stellt. Trotzdem räumt Hayek den Ökonomen eine im Prinzip herausragende Bedeutung für die Erarbeitung von marktkonformen Regeln bzw. Gesetzen ein, weil sie eine mentale Landkarte des ökonomischen Geschehens zeichnen können. Die Frage ist, ob es wirklich wünschenswert ist, dass die Ökonomik eine solche überragende Rolle bekleiden sollte.

Die Fragestellung weist zurück auf das oben schon kritisierte Modell des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren, das letztlich im Markt die Vorrangstellung für den Fortschritt sieht, hat aber einen wissenschaftstheoretischen bzw. wissen-

schaftshistorischen Hintergrund, der kurz erläutert werden soll.

Mit Poppers Werk „Die Logik der Forschung“, das auf das Versuch-Irrtums-Prinzip in der Forschung abhebt, fanden Neoliberale, darunter auch Hayek, eine gute Analogie zu ihrem Verständnis des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Gegen eine Unterordnung der Wissenschaft durch ökonomisches Denken hatte sich Popper jedoch entschieden gewehrt, weil er nur richtige von falscher Wissenschaft trennen wollte (**Nordmann0**).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Autorität des Wissenschaftsbetriebes mehr und mehr untergraben, was u.a. mit den Arbeiten von Kuhn und Feyerabend zusammenhängt (**Nordmann0**). Letzterer strebte eine Demokratisierung von Wissenschaft und Forschung bspw. mit Hilfe privater Geldgeber an, lobte darum Hayek wegen dessen Staatsfeindlichkeit, ahnte aber nicht, dass das Denken der Ökonomen dominierend werden sollte, weil er zu sehr gefangen war in seinen Attacken gegen die institutionalisierte Wissenschaft des Wohlfahrtsstaates (**Nordmann0**). Damit war der Weg geebnet für ein marktorientiertes Wissenschaftsverständnis ab den 1980er Jahren, demzufolge Wissenschaft hauptsächlich Wissen für den Markt produzieren sollte, anstatt das alte Ideal umfassender Aufklärung weiter zu vertreten (**Nordmann0**).

Somit beherrscht das ökonomische Denken mittlerweile die Wissenschaft<sup>6</sup> und die Politik, wie später noch zu sehen sein wird, ohne dass für die Überlegenheit des Marktes ein Beweis auch nur angestrebt wird, was die Vorteilhaftigkeit einer Abkehr von der Neoklassik und damit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, die die Berechenbarkeit der Ökonomie suggeriert, zumindest deutlich relativiert.

Zuletzt sei die Polemik gegen den Wohlfahrtsstaat bzw. den Sozialismus angesprochen, die sich so ziemlich durch das gesamte Werk Hayeks zieht. Im Grunde gibt es nach seiner Lehre, keinen Mittelweg zwischen Zentralplanwirtschaft und freier Marktwirtschaft. Gegen diese dichotomische Sicht ist einzuwenden, dass es keine Mechanik gibt, die die Koexistenz von planwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Elementen in einem System ausschließt. Allerdings heißt dies nicht, dass eine solche Koexistenz sich in perfekter Harmonie abspielen muss.

Auf der theoretischen Ebene wäre in dieser Beziehung, die einheitliche Beschaffenheit der Märkte anzuzweifeln, und verschiedene Märkte klar voneinander zu unterscheiden. Somit muss die politische Wünschbarkeit von Märkten ganz klar von den Besonderheiten her bewertet werden. Wirtschaftliche Planung muss im selben Maße gesondert betrachtet werden, weil auch hier nicht von homogenen Effekten ausgegangen werden kann.

Aber auch auf der empirischen Ebene existieren gute Belege, dass Hayeks binäre

---

<sup>6</sup>Ohne den Einfluss der Politik wäre es womöglich nicht zu einem solchen Paradigmenwechsel gekommen.

Verteufelung der Planung unhaltbar ist. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit in den Industrieländern während der Nachkriegszeit bezeugen dies. So kombinierte man im Nachkriegs-Japan Planung und Marktwirtschaft derart, dass der Staat die ökonomischen Schwerpunkte festlegte und innerhalb der Sektoren Wettbewerb zuließ. Es ist nicht abwegig, diesen Weg als einen der Erfolgsfaktoren Japans zu sehen. Einen ähnlichen Ansatz staatlicher Schwerpunktsetzung wählte Frankreich. Damit kann freilich nicht bewiesen werden, dass Mischwirtschaften immer erfolgreich sind, sondern nur, dass die Behauptung eines zwangsläufigen Abgleitens in den Totalitarismus wegen planwirtschaftlicher Eingriffe des Staates nicht haltbar ist (**Tomlinson**).

### 3.3 Die politische Etablierung des Neoliberalismus und seine Auswirkungen

Dem Leser mag Hayeks politischer Forderungskatalog, wie er ihn in *The Constitution of Liberty* ausbreitet, von seiner Grundausrichtung her bekannt vorkommen. Wie eingangs erwähnt war Hayek einer der Ideengeber von Margaret Thatcher und der Einfluss seiner Ideen reicht bis zu Bundeskanzlerin Merkel, die kürzlich noch positiv auf ihn Bezug nahm.

Wenn in der anschließenden Diskussion der Auswirkungen neoliberal geprägter Politik die Rede sein wird, dann muss ein wesentlicher Zug dieser Theorie aufmerksam gemacht werden, der in obiger Kurzzusammenfassung ausgespart wurde. Da das Ziel das Überleben der Zivilisation mittels der Entfesselung der Marktkräfte ist, geht es dem Neoliberalismus nicht um das Erreichen eines angebbaren Zustandes, sondern darum den Markt auf allen möglichen Ebenen zu installieren. Dadurch prallt jede Kritik auf empirischer Basis ab, weil sich seine Vertreter darauf zurückziehen können, dass entweder noch nicht genug Wettbewerb herrscht oder die Resultate als Produkt des Marktspiels hingenommen werden müssen. M.a.W., Hayeks Ansatz schließt alle Formen aus, die auf eine Überprüfbarkeit von Zielen und Mitteln in der politischen Gestaltung einer Gesellschaft hinauslaufen (**Ptak0**).

Mittlerweile hat der Neoliberalismus die Diskurshoheit erlangt (**Harvey**), was heißt, dass neoliberales Denken ein Teil des „gesunden Menschenverstandes“ geworden ist, wenn man an Stichworte wie die größere Effizienz von privaten gegenüber öffentlichen Bürokratien, Innovation, Markt und Flexibilität denkt (**Barker**). Deswegen müssen Hayeks Bücher heute im Lichte ihres Einflusses gelesen werden müssen. Für den Fall Großbritanniens bemerkt Barker, dass die Hayeksche Lehre in ihrer Reinform am Ende des 20. Jh. nicht mehr die öffentliche Aufmerksamkeit genießt, doch dass die Ideenfragmente teilweise in stark abgewandelter Form

bis heute das politische Denken des Landes mitbestimmen, wobei keine generelle Richtung auszumachen ist<sup>7</sup> (**Barker**). Wie aber kam es zur neoliberalen Wende beginnend in den späten 1970er Jahren? Um diese Zäsur verstehen zu können, ist ein Blick in jüngere Vergangenheit unerlässlich, zumal die Texte Hayeks in ihrem historischen Kontext eingeordnet werden können.

Nach dem zweiten Weltkrieg stand in den Industrieländern außer Frage, dass der Staat mit und notfalls gegen den Markt für Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und das Wohlergehen seiner Bürger zu sorgen hatte. Reiner Kommunismus und reiner Kapitalismus wurden als gescheitert angesehen. Vielmehr galt ein „Klassenkompromiss“ zwischen Kapital und Arbeit als die beste Garantie für Stabilität und inneren Frieden (**Harvey**).

Staatliche Wohlfahrtseinrichtungen im Gesundheitswesen, in der Sozialversicherung und im Bildungssystem wurden aufgebaut und in Schlüsselsektoren (Montanindustrie und Automobilbau) war sogar Staatseigentum nicht unüblich z.B. in Italien und Großbritannien. Die Nachkriegszeit zeichnete sich durch hohe Wirtschaftswachstumsraten aus, und Konjunkturschwankungen wurden durch eine mehr oder weniger keynesianisch inspirierte Fiskal- und Geldpolitik eingedämmt. Außerdem gewannen Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterklasse in vielen Ländern einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Staatsapparat.

Allein, am Ende der 1960er Jahre brach das wohlfahrtsstaatliche Modell zusammen, weil in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern die Inflationsraten und die Arbeitslosenzahlen zu steigen begannen, ein Phänomen, das unter dem Namen Stagflation bekannt wurde. In der Folge sanken die Steuereinnahmen, während die Sozialausgaben stiegen, so dass z.B. Großbritannien Mitte der 1970er sogar vom Internationalen Währungsfonds gerettet werden musste. Es zeichnete sich im Lauf der 1970er Jahre ab, dass eine Alternative zum alten Modell gefunden werden musste. Zunächst versuchte man in einigen Industrieländern, den Problemen mit verstärkter Regulierung der Wirtschaft durch den Staat zu begegnen. Tatsächlich kamen linke Parteien mit einer solchen Programmatik in einer Reihe von Ländern an die Macht oder behielten sie, darunter Großbritannien, Frankreich, Portugal und Spanien. Selbst in den USA fuhr Präsident Nixon ein ähnliches Programm. Der Effekt war eine politische Polarisierung in zwei Lager. Auf der einen Seite waren diejenigen, die der Sozialdemokratie und staatlicher Planung nahestanden und den Befürwortern eines freien Marktes auf der anderen.

Als Sieger gingen schließlich letztere hervor. Doch erst mit dem *Washington Consensus* in den 1990er Jahren avancierte der Neoliberalismus gewissermaßen

---

<sup>7</sup>Zugleich ist dies eine erstaunlich gute Bestätigung einiger von Hayeks eigenen Überlegungen zur Aufgabe des politischen Philosophen.

zur neuen Orthodoxie. Natürlich kann von keinem einheitlichen Phänomen der „Neoliberalisierung“ gesprochen werden, weil sich dieser Prozess geographisch in sehr verschiedenen Ausprägungen Bahn brach (**Harvey**).

Um den Siegeszug des neoliberalen Gedankenguts zu verstehen, darf man nicht außer Acht lassen, dass die ökonomischen Eliten u.a. in den Wahlsiegen der linken Parteien eine Bedrohung sehen mussten. In Schweden gab es gar Bestrebungen, die unter dem Namen *Rehn-Meidner Plan* bekannt wurden, die Kapitaleigner auszukaufen und eine Arbeiter- und Anteilseigner Demokratie zu errichten. Sie sahen sich aber auch aufgrund des einbrechenden Wachstums gefährdet in dem Sinne, dass die von ihnen gehaltenen Vermögenswerte einbrachen. Wollten sie also nicht entscheidend an Macht verlieren, mussten sie etwas unternehmen.

Das chilenische Experiment<sup>8</sup> demonstrierte den Industrieländern, dass neoliberale Politik sehr erfolgreich die Machtposition der dortigen Eliten gesichert und ausgeweitet hatte. Empirische Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Verschärfung sozialer Ungleichheit zu den Strukturmerkmalen neoliberaler Politik gehört (**Harvey**).

Die Probleme des keynesianischen Wohlfahrtsstaates sorgten in Großbritannien dafür, dass mit dem Regierungsantritt von Margaret Thatcher 1979 eine sogenannte angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Stagflation in Angriff genommen wurde. Dies beinhaltete den Kampf gegen die Macht der Gewerkschaften, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen einschließlich des sozialen Wohnungsbaus, den Abbau der Verpflichtungen des Wohlfahrtsstaates, Steuersenkungen und Verbesserungen des Investitionsklimas besonders für japanische Direktinvestitionen, sowie eine Politik der Preisniveaustabilität. Alle Formen von gesellschaftlicher Solidarität wurden aufgelöst zugunsten von Individualismus, Privateigentum, Eigenverantwortung und dem Wert der Familie (**Harvey**). Die Parallelen zu Hayeks Empfehlungen sind kaum übersehbar.

Die Profiteure der Thatcherschen Politik sind indes, nicht gleichzusetzen mit den traditionellen Eliten des Vereinigten Königreichs. In Militär, Rechts- und Bankwesen ging sie sogar gegen die aristokratisch dominierte Tradition vor und wandte sich den neuen Unternehmern zu, womit sie dem traditionalistischen Flügel ihrer eigenen konservativen Partei vor den Kopf stieß (**Harvey**).

Neben der Verschärfung sozialer Ungleichheit besteht ein weiteres verallgemeinerbares Charakteristikum neoliberaler Politiken in der Verschiebung der wirtschaftlichen Macht von der Produktion zu den Finanzmärkten. Diese Machtverschiebung war eine Folge der Deregulierung des Finanzsektors (**Harvey**).

Der Erfolg Thatchers bei den Wahlen am Ende 1970er Jahre kann freilich nicht

---

<sup>8</sup>Nach dem Sturz Allendes wurde unter Pinochet mit Hilfe der „Chicago Boys“ um Milton Friedman ein neoliberales Wirtschaftsprogramm aufgelegt (**Ptak0**).

erklärt werden, ohne die Dämonologie der *New Right* zu berücksichtigen, deren Dämon wie bei Hayek selbstverständlich der real existierende Sozialismus war (**Barker**). Trotzdem scheint die Restaurierung einer Klassengesellschaft, die die ökonomische Macht einer kleinen Elite überantwortet, als politisches Ziel nicht unbedingt geeignet, um auf demokratischem Weg eine Mehrheit zu erringen (**Harvey**). Zum Dämon im Ostblock mussten folglich noch andere Aspekte eine Rolle spielen, um den demokratischen Machtwechsel zu bewerkstelligen.

Die Erklärung allein dem Wirken des neoliberalen Intellektuellennetzwerks um Hayek u.a. zuzuschreiben, läuft Gefahr in einen verschwörungstheoretischen Ansatz zu münden. Die gegensätzliche Erklärungsmöglichkeit käme der Behauptung gleich, dass jede ökonomische Theorie nur Ausdruck einer ökonomischen Wirklichkeit ist, was aber den Einfluss der neoliberalen Denker unterschätzen würde (**Girkinger**).

Hayek selbst beklagte 1949, dass es der eigenen Bewegung an einer großen Intellektuellenfigur mangle, weil in den Medien die Sozialisten das Wort hatten. Anders gewendet, bedauerte er, dass es bislang nicht gelungen war, den sozialen Diskurs zu bestimmen. Damit lag Hayek den Gedanken Gramscis gar nicht einmal fern, der davon ausging, dass gesellschaftliche Hegemonie dadurch erreicht wird, dass das Selbstverständnis der Masse mit dem der herrschenden Klasse in Übereinstimmung gebracht wird (**Girkinger**).

Die Vermarktung von Thatchers Politik funktionierte indessen hervorragend, obwohl sie ihren neoliberalen Kurs bei weitem nicht konsequent einhielt, herrschte in der Bevölkerung das Bild eines von sozialistischen Umtrieben befreiten und vom freien Markt regierten Großbritanniens vor (**Girkinger**). Die neoliberale Freiheitsrhetorik war im Übrigen auch anschlussfähig an die sozialen Bewegungen von 1968, in denen es neben sozialer Gerechtigkeit auch um größere persönliche Freiheiten gegangen war. Sie wandten sich damit gegen einen als aufdringlich empfundenen Staat (**Harvey**). Wie aber sah die politische Einflussnahme der neoliberalen Denker aus?

Im Prinzip folgten sie Hayeks Überlegungen zum Primat der Ideen, die sie durch die Gründung von privat finanzierten Instituten, auch bekannt unter dem Namen „Think Tanks“ zu verändern trachteten. Die „Mutter“ dieser Think Tanks ist die 1947 ins Leben gerufene Mont Pelerin Society (MPS), benannt nach ihrem schweizer Gründungsort. Viele Mitglieder der MPS gründeten später eigene Think Tanks (**Girkinger**), wie das von Antony Fisher in der Mitte der 1950er Jahre auf Anraten von Hayek gestiftete *Institute of Economic Affairs* (**Butler**). Bezeichnend für das Selbstverständnis dieser Einrichtungen ist das folgende Zitat des Direktors des *Adam Smith Institutes*<sup>9</sup> von 1987: „*Wir schlagen Dinge vor, die*

---

<sup>9</sup>gegr. 1977 in Schottland

von den Leuten als reiner Wahnsinn angesehen werden. Und im Handumdrehen werden sie Regierungspolitik.“ (**Girkinger**).

Neoliberale Think Tanks gibt es nicht nur im angelsächsischen Raum. So trugen das *Carl Menger Institut* in Wien und das *Walter Eucken Institut* in Freiburg dazu bei, Hayeks Ideen auch im deutschsprachigen Raum zu verbreiten. Ein großer Anhänger Hayeks war bspw. der rechtskonservative Kanzlerkandidat jener Jahre Franz Joseph Strauß, während die FDP in Hayeks Augen durch ihre Koalition mit der SPD eigentlich eine sozialistische Partei geworden war (**Girkinger**). Die neoliberalen Intellektuellen taten durchaus etwas dafür, den wirtschaftspolitischen Konsens der Nachkriegsära nach und nach umzupolen. Aufgrund von historisch günstigen Umständen und finanzieller Unterstützung von Geschäftsleuten erlangte diese Denkrichtung schließlich gramscianisch gesprochen die Hegemonie.

Von Hayek inspirierte Ideen sind nicht nur vereinbar mit rechtskonservativen Parteien wie Franz Joseph Strauß' *CSU*, sondern auch mit sogenannten rechtspopulistischen Parteien wie dem *Front National* in Frankreich sowie der österreichischen *FPÖ* u.ä.. Das evolutionäre Denkmuster in Hayeks Theorie deuten die Rechtspopulisten in ihrem Sinne um, indem der höhere Entwicklungsstand der Industrieländer im Gegensatz zu den Entwicklungsländern als Resultat der Evolution interpretiert wird (**Schui**). Die Antwort Hayeks auf die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung belegt, dass er nicht umsonst im rechtspopulistischen eine hohe Wertschätzung genießt:

Für eine Welt, die auf egalitäre Ideen gegründet ist, ist das Problem der Überbevölkerung [...] unlösbar. Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen diese Überbevölkerung gibt es nur eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können. (**Ptak0**).

Doch nicht nur im rechtsextremem Spektrum machte sich neoliberales Gedankengut breit, auch bei dem nach dem Ende der konservativen Ära unter Thatcher, Kohl und Reagan propagierten „dritten Weg“ repräsentiert durch Blair, Schröder und Clinton handelt es sich nicht um eine Abkehr vom einmal eingeschlagenen Weg (**Schui**). Ihre politischen Programme verwendeten zwar ein neues Vokabular, aber der vermeintliche „dritte Weg“ lässt eine verwandte Dämonisierung des Wohlfahrtsstaates als „soziale Hängematte“ und Marktgläubigkeit vor allem bezogen auf den Arbeitsmarkt erkennen wie ihre konservativen Vorgänger (**Schui**). Die politischen Akteure des „dritten Weges“ taten vielmehr das ihrige, um die Umsetzung der neoliberalen Gesellschaftsvorstellungen weiter voranzutreiben (**Schui**). Es ist sehr gut möglich, dass dies nicht nur ihrer ideologischen Ausrichtung geschuldet ist, sondern auch dem Umstand, dass die Machtverschiebungen zugun-

ten der Finanzwirtschaft während der Zeit davor den Handlungsspielraum der Politik schon stark eingegrenzt hatten. Eine Wirtschaftspolitik unabhängig von den Interessen internationaler Rentiers und Konzerne, so hat es den Anschein, lässt die hohe Mobilität und das enorme Volumen des internationalen Finanzkapitals kaum noch zu.

Ein Schlaglicht auf die Reichweite der wirtschaftlichen Machtkonzentration wirft die Debatte um *stakeholding* während der Regierungszeit Tony Blairs im Vereinigten Königreich. *Stakeholder* bzw. *stakeholding* ist ein in Anlehnung an *shareholder* gebildeter Begriff, der das Mitspracherecht der von einer wirtschaftlichen Entscheidung Betroffenen impliziert. Die Regierung Blair versuchte durchaus *stakeholding* als politisches Gestaltungsprinzip einzuführen, scheiterte aber am Widerstand der Wirtschaft (**Schui**).

Die folgenden Ausführungen befassen sich exemplarisch mit Auswirkungen der neoliberalen Politik in westlichen Industrieländern. Die angeführten Beispiele dienen zur Illustration der Reichweite der von dieser Denkrichtung getragenen Restrukturierungen. Keinesfalls kann hier eine umfassende Analyse geleistet werden.

So waren die Hartz-Gesetze im Rahmen der „Agenda 2010“ ab dem Jahr 2002 eine der einschneidendsten sozialpolitischen Veränderungen in Deutschland, (**Butterwegge**), deren Einführung zuvor mit viel meinungsbildender Public-Relations-Arbeit vorbereitet worden war (**Butterwegge**). Der Wohlfahrtsstaat wurde im Zuge dieser Politik umgebaut zu einem Wettbewerbsstaat, der nach außen auf die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes achtet und nach innen das Wettbewerbsprinzip auf seine Organisationsstrukturen überträgt (**Butterwegge**). Auch hier ist es nicht schwer, eine Parallele zur spontanen Ordnung zu ziehen.

Unter dem Schlagwort „aktivierender Sozialstaat“ wurden Leistungskürzungen und Anspruchsvoraussetzungen seitens der Bürokratie gerechtfertigt. Zwar darf sich Sozialpolitik nicht auf die Überweisung eines entsprechenden Betrages zur Bestreitung des Lebensunterhalts beschränken, sondern muss sich schon um die Integration von Arbeitslosen kümmern etwa mit Weiterbildungsmaßnahmen (**Butterwegge**). Doch darum ging es bei der Hartz-Gesetzgebung gar nicht, denn Weiterbildungsmaßnahmen sind gekürzt worden. Ihr Ziel war es stattdessen, von einem unbedingten Recht auf existenzielle Grundsicherung Abstand zu nehmen, um es an Bedingungen des Staates und seine Organe zu knüpfen. Obgleich den meisten klar sein müsste, dass Millionen Arbeitsplätze fehlen, tut man so, als seien die Arbeitslosen selbst schuld.

Während die Leistungen des Staates im sozialen Bereich im weiter gekürzt werden, steigen andererseits die Ausgaben für den staatlichen Repressionsapparat (**Butterwegge**). Dies ist eine eigentlich logische Konsequenz der Reformpolitik, weil sie immer mehr „Abgehängte“ hervorbringt, wobei sich eine relativ kleine

Zahl von Menschen bereichern kann. Dadurch kommt es zu Verrohungserscheinungen in der Bevölkerung gegenüber Zuwanderern, Arbeitslosen und Behinderten, die sich oft dem Vorwurf des „Sozialschmarotzers“ ausgesetzt sehen. Hieran können rechtspopulistische Parteien anknüpfen und so das Denken von Millionen beeinflussen, ohne dass ihnen spektakuläre Wahlerfolge beschieden sein müssen (**Butterwegge**).

Mit dem Auseinanderklaffen von Arm und Reich kommt auf regionaler Ebene ein sich verstärkender Prozess der Aufteilung zwischen wirtschaftlichen Zentren und Randregionen in Gang. In den Zentren entsteht nach und nach eine räumliche Trennung zwischen gut bewachten Quartieren für Wohlhabende und Slums für die wachsende Unterschicht. Durch die Deregulierung des Wohnungsmarktes in Berlin etwa spiegelt sich die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr in der sozialräumlichen Struktur der Stadt wider (**Butterwegge**). Es entstehen in gewissem Sinn „Räume der Verlierer“ und „Räume der Gewinner“, die keine Verbindung mehr miteinander haben (**Butterwegge**).

Die wachsende Armut wird oft auch von den Betroffenen selbst als individuelles Problem wahrgenommen, sondern individuellem Verschulden wegen Ungeschicklichkeit im Marktspiel zugeordnet. Daher muss das Individuum arbeitsmarkttauglich gemacht werden. Konkurrenzfähigkeit wird somit zum Kern der individuellen Lebensgestaltung und es entwickelt sich eine Art „hedonistisch-konsumistischer Sozialdarwinismus“, der ethnische Ausgrenzungsbemühungen gerade unter Jugendlichen stützt. Diese Reaktionsformen sind keineswegs eingegrenzt auf armutgefährdete Schichten, sie schlagen sich auch in den „höheren Etagen“ in einer Überbetonung von Sekundärtugenden, biedermeierlichen Moralvorstellungen und patriotischen Gefühlsregungen nieder (**Butterwegge**).

Die schon angesprochene Privatisierungspolitik der Regierung Thatcher, die damit eine Vorreiterrolle in Europa einnahm, wurde mit dem Versprechen der Budgetsanierung und der größeren Effizienz privater Unternehmen unternommen. Die Verschuldung der öffentlichen Hand ging hingegen nicht wesentlich zurück, nahm sogar weiter zu und die Behauptung, dass die Privatwirtschaft besser wirtschaftet, hat sich als unhaltbar erwiesen. So häuften sich nach der Privatisierung der britischen Eisenbahn Verspätungen und Unfälle, wobei Wartungsarbeiten an der Infrastruktur vernachlässigt wurden. Gleichzeitig stiegen die Preise für die Bahnkunden.

Neben dem Verkauf von öffentlichem Eigentum kam in England unter Tony Blair das Konstrukt der *Public Private Partnership* auf. Dieses sieht vor, dass der Staat statt der herkömmlichen Auftragsausschreibung außer dem Bau z.B. eines neuen Schulgebäudes auch Planung, Finanzierung und Betrieb desselben an einen Investor vergibt. Die öffentliche Hand zahlt dem Investor über 20–35 Jahre hinweg

ein periodisches Entgelt. In die Praxis umgesetzt kam es in Großbritannien zu Klagen über schlechte Bausubstanz, schlechte Wartung und schlechtem Service. Diese drangen aber nur sehr selten in die Massenmedien der Staaten vor, die Englands Vorbild folgen (**Ruegemer**).

Abschließend sei noch der Fall Neuseelands mit Blick auf das Bildungssystem erwähnt, der in den 1990er Jahren als Paradebeispiel der neoliberalen Reformagenda gepriesen wurde. Dort wurde in den späten 1980er Jahren auf ein kundenorientiertes Bildungssystem umgestellt, das im Bereich der Schulbildung desaströse soziale Effekte hatte und im Hochschulbereich die Wissenskultur des Landes aushöhlte (**Peters**). Die Schulpolitik verschärfte die soziale Ungleichheit, weil wohlhabendere Eltern ihre Kinder zu besseren Schulen schicken konnten und die Kinder der Ärmeren sich in den schlechteren wiederfanden (**Peters**). An den Hochschulen war in der Anfangszeit, zwar eine massive Zunahme an Studenten zu verzeichnen, doch nahm sie am Ende der 1990er schon wieder ab. Die Hochschulreform bedeutete eine Verringerung der Stellenzahl. Die Finanzierung über Studiengebühren ging über zu einem Wettbewerb um Studiengebühren und Fondsmittel, wodurch einige Fachbereiche ganz geschlossen werden mussten (**Peters**).

Nun kann man sich die Frage stellen, ob die sogenannte Finanzkrise nicht einen beachtlichen Einschnitt für die Hegemonie des Neoliberalismus bedeuten müsste. Doch die Mächte, die sich hinter dem Projekt verbergen, sind so gefestigt, dass ihnen selbst aus der Finanzkrise keine nennenswerte Bedrohung mehr erwachsen konnte, so sieht es zumindest Crouch (**Crouch**). In den westlichen Demokratien sind die bestimmenden politischen Kräfte im Prinzip immer noch dem Markt dogma verpflichtet, so dass politische Zukunftsentwürfe mit einer marktorientierten Prognose legitimiert werden müssen. Selbst die Wissenschaften geraten in den Sog eines Ökonomisierungsprozesses hinein, der kritische Stimmen in der Wissenschaft zunehmend unterdrückt (**Nordmann**).

## 4 Schlussbetrachtung

Die Diskussion der Schwierigkeiten in Hayeks Theorie förderte gravierende Unklarheiten zutage, die selbst Sympathisanten wie Richardson augenscheinlich verwirren. Da mit ihr offensichtlich politische Absichten legitimiert werden sollten, drängt sich der Verdacht auf, dass es Hayek mehr um die politische Wirksamkeit ging als um eine konsistente Theorie. Außerdem enthält das Gesellschaftsbild Hayeks viele Einseitigkeiten, was der Abschnitt darüber offenbarte.

Es ist zwar durchaus vorstellbar, dass man die größten Ungereimtheiten ausräumen kann, um eine stimmigere Theorie zu erhalten. Seit den 1960er Jahren

scheint allerdings kein neoliberaler Denker mehr, Schritte unternommen zu haben, eine neue Großtheorie aufzustellen (**Nordmann0**). Dieser Befund kann jedoch nicht verwundern, denn wie die politische Erörterung zeigte, war der Neoliberalismus so erfolgreich, dass das neoliberale Denken sogar bis in den Alltagsverstand der Menschen hinein reicht.

Oben wurde schon angemerkt, dass die Gesellschaftskonzeption Hayeks gegen auf empirischen Analysen fußende Kritik immunisiert ist. Eine darauf basierende Politik verspricht aber deshalb nichts konkretes, bewirkt aber soziale Verwerfungen, befördert Fremdenfeindlichkeit und Ghettobildung. Kurz, sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zudem kann man innerhalb dieses Paradigmas nicht in grundsätzlichen Alternativen denken, weil möglichst alles dem sich selbst organisierenden Markt überlassen bleiben soll. Deswegen wurden die schon seit den 1970er Jahren bestehenden Probleme globalen Ausmaßes wie Armut in den Entwicklungsländern, Umwelt, Rohstoffknappheit, Gesundheit etc. nicht gelöst, sondern ihnen höchstens mit der Einrichtung von Märkten entgegengetreten (**Nordmann0**).

Zwar gewinnt im innerliberalen Diskurs die Stärkung wohlfahrtsstaatlicher Elemente wieder an Gewicht, doch sollte nicht vergessen werden, dass der Erfolg des Neoliberalismus auf den Schwierigkeiten beruhte, die der Wohlfahrtsstaat in den 1970er Jahren selbst hervorbrachte (**Nordmann**). Mit den wohlfahrtsstaatlichen Methoden einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik hätte es weiterer Eingriffe in die unternehmerische Autonomie hinsichtlich der Preissetzung und Investitionen bedurft, um die Inflation einzudämmen (**Schui**). Dies wäre aber einer Ausweitung der Kompetenzen eines ohnehin schon als aufdringlich empfundenen Staatswesens von oben herab gleichgekommen, weswegen dieser Ansatz schließlich unterlegen war. Auch wenn er sich durchgesetzt hätte, ist fraglich, ob er zur Lösung der oben angesprochenen globalen Probleme hätte beitragen können.

Daher kann man Nordmann zustimmen, dass der Neoliberalismus nur überwunden werden kann, wenn man auch die mikroökonomischen Handlungsmuster verändert, womit sinnvolle sozialstaatliche Reformen nicht ausgeschlossen werden sollen (**Nordmann**). So sind im Gegensatz zu Hayeks Beschwörung des freien Unternehmertums basisdemokratisch geführte Kooperativen sehr wohl unter Konkurrenzbedingungen überlebensfähig. Der Industriegenossenschaftsverband *Mondragón* mit ca. 70.000 Mitarbeitern (Stand 2006) im Baskenland kann als Beleg dafür angesehen werden (**Sturmberger**). Ganz aktuell weist die baskische Region, in der die meisten Kooperativen ihren Sitz haben, sogar die niedrigste Arbeitslosenquote Spaniens auf (**Streck**).